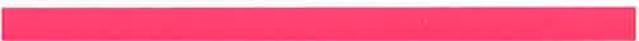




**Die neue  
Volkspartei**

**Tätigkeitsbericht 2014–2017**  
der Österreichischen  
Volkspartei



# Inhalt

Bundespartei .....	5
Parlamentsklub.....	8
Europa .....	10
Politische Akademie .....	12

## Teilorganisationen

Österreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund .....	14
Österreichischer Bauernbund .....	16
ÖVP Frauen .....	18
Junge ÖVP .....	20
Österreichischer Seniorenbund.....	22
Österreichischer Wirtschaftsbund.....	24

## Landesparteien

Burgenland .....	26
Kärnten.....	28
Niederösterreich .....	30
Oberösterreich.....	32
Salzburg .....	34
Steiermark .....	36
Tirol.....	38
Vorarlberg .....	40
Wien .....	42

# Vorbereitung für die neue Zeit

## Die neue Volkspartei

### Evolution Volkspartei

Mit dem Wechsel an der Spitze der Volkspartei im Sommer 2014 und der Wahl von Dr. Reinhold Mitterlehner zum Bundesparteioobmann am 36. ordentlichen Bundesparteitag am 8. November 2014 in Wien fiel auch der Startschuss zur breiten Beteiligung an „Evolution Volkspartei“, der Bewegung zur Weiterentwicklung der Volkspartei. „Wir sorgen für Bewegung“ war von Beginn an nicht nur Slogan, sondern auch Anspruch und Ziel des Evolutions-Prozesses.

Die beeindruckende Bilanz zeigt, wie erfolgreich unsere Weiterentwicklungsbewegung war: Rund 4.000 Personen haben bei der ersten Phase mitgemacht, um ihre eigenen Ideen einzubringen, Beiträge anderer zu diskutieren und um Vorschläge zu bewerten. Gut die Hälfte davon waren keine Mitglieder der Volkspartei. Rund 3.000 Ideen und mehr als 20.000 Kommentare waren die eindrucksvolle Bilanz der mehrwöchigen, interaktiven Diskussionsphase. Am intensivsten wurde über Ökosoziale Marktwirtschaft, Bürgergesellschaft, Demokratie & Staat sowie Bildungsgesellschaft debattiert. Begleitend dazu wurden 153 Events in den unterschiedlichen Regionen Österreichs durchgeführt und landesweit mit über 5.000 Menschen über die notwendigen Veränderungen diskutiert.

Aus der Diskussion wurden 39 konkrete Fragen generiert und von den Mitgliedern bewertet. Rund 13.000 Mitglieder der Volkspartei haben daran teilgenommen – online und via Plattform [evolution.oevp.at](http://evolution.oevp.at) sowie offline mit klassischem Fragebogen.

Die Ergebnisse von „Evolution Volkspartei“ bildeten die Basis für das neue Grundsatzprogramm und das neue Organisationsstatut, die dem 37. außerordentlichen Bundesparteitag zu Debatte und Beschluss vorgelegt wurden.

### Reformparteitag 2015

Am 12. und 13. Mai 2015 fixierte schließlich der 37. außerordentliche Bundesparteitag der Volkspartei im historischen Rahmen der Wiener Hofburg die größte Parteireform in der Geschichte der Volkspartei: Nach 41 Anträgen, 44 Abstimmungen, 137 Wortmeldungen und 540 Minuten Redezeit wurden das neue Grundsatzprogramm mit überwältigenden 98,97% und das modernisierte Organisationsstatut mit 88,64% beschlossen.

### Zukunftsweisende Beschlussfassungen

Die eingereichten inhaltlichen Anträge, die den Delegierten des Bundesparteitages zur Beschlussfassung vorgelegt wurden, betrafen unter anderem Zukunftsthemen wie Mindestsicherung, Sicherheit, Digitalisierung, Bildung, Pflege oder die Entwicklung des ländlichen Raums. Viele der Themen, die am Bundesparteitag beschlossen oder den zuständigen Gremien zur weiteren Behandlung zugewiesen wurden, stehen heute drängender denn je auf der politischen Agenda. Das zeigt, dass wir am 37. außerordentlichen Bundesparteitag zu den wichtigen Fragen der Zeit klar Stellung bezogen haben und in vielen Bereichen die inhaltliche Themenführerschaft übernehmen konnten.

### Öffnung der Volkspartei

Nachhaltige Strukturreformen in unserem neuen Statut, wie die Etablierung eines Reißverschlussystems auf Bundes- und Landesebene für die stärkere Einbindung von Frauen sowie ein wirksames Vorzugsstimmensystem führten zu einer deutlichen Modernisierung und Öffnung der personellen Strukturen innerhalb der Volkspartei. Mit innovativen Partizipationsmöglichkeiten, wie der Direktmitgliedschaft bei der Volkspartei, Votings, Plattformen und Initiativen, ermöglicht die Volkspartei den Bürgerinnen und Bürgern heute ein Engagement über die klassischen Parteistrukturen hinaus.

Durch die konkreten inhaltlichen Ergebnisse und die modernen Strukturen konnte der Markenkern der Volkspartei klar geschärft und zukunftsorientiert weiterentwickelt werden. Die erfolgreiche Aufbauarbeit, die Gernot Blümel dabei als Generalsekretär der Volkspartei bei „Evolution Volkspartei“ geleistet hat, konnten nach seinem Wechsel an die Spitze der Wiener Volkspartei seine Nachfolger Peter McDonald und Werner Amon konsequent weiterführen und so den Weg für das neue Selbstverständnis der Volkspartei vorbereiten.

### Die Volkspartei als Themenführer

Als Partei durch den Erneuerungsprozess gestärkt, haben wir in den vergangenen Jahren zahlreiche Themenbereiche erfolgreich aufgegriffen. Dabei konnten wir in einigen der dringendsten Herausforderungen die klare Themenführerschaft übernehmen und konkrete Lösungen für die Menschen erreichen.

## Bewältigung der Asyl- und Migrationskrise

Als sich am 4. September 2015 hunderte Flüchtlinge vom Budapester Ostbahnhof zu Fuß auf der Autobahn in Richtung Österreich aufmachten, begann eine Phase der politischen Zäsur, wie sie im Nachkriegseuropa wohl nur mit dem Fall der Berliner Mauer vergleichbar ist. Bereits zwei Wochen später, am 21. September 2015, präsentierte die Volkspartei den „Aktionsplan Asyl“ und gab damit von Beginn an die richtigen Antworten: Nein zum Missbrauch des Asylrechts, Schutz der EU-Außengrenzen, Auffangzentren in den Ursprungsgebieten, volle Härte gegen IS-Terror und Schlepperei, Integration einfordern. Seither prägt die Asyl- und Migrationskrise Politik und Lebensgefühl in Europa.

Mit dem Beharren auf Einführung einer Obergrenze von 37.500 Asylanträgen für das Jahr 2016 und der Schließung der Balkanroute unter Federführung von Außenminister Sebastian Kurz gelang es der Volkspartei, wirksame Maßnahmen zur Eindämmung der Migrationsströme nach Österreich umzusetzen.

## Steuerreform bringt mehr finanzielle Freiheit

Die Volkspartei ist die Entlastungspartei Österreichs. Wir können und wollen mit der hohen Steuer- und Abgabenquote in unserem Land nicht zufrieden sein. Für uns war und ist daher entscheidend, dass wir den Menschen wieder ermöglichen, durch eigene Arbeit etwas aufzubauen. Ein wichtiger Schritt dahin war die Steuerreform, die den Österreicherinnen und Österreichern ab 2016 um insgesamt fünf Milliarden Euro mehr Netto vom Brutto gebracht hat. Jede Steuerzahlerin und jeder Steuerzahler

hat dadurch im Durchschnitt um 1.000 Euro jährlich mehr in der Geldbörse. Das bringt mehr finanzielle Freiheit für den Einzelnen und eine Belebung für Wirtschaft und Arbeitsmarkt.

## Das große Vereinspaket: Aktive Unterstützung für das Ehrenamt

Wenn sich Menschen in ihrer Freizeit ehrenamtlich für die Gemeinschaft engagieren, ist es Aufgabe der Politik, dieses Engagement so gut wie möglich zu unterstützen. Aus diesem Grund haben wir im Sommer 2016 ein großes Paket geschnürt, das für Vereine und Blaulichtorganisationen bürokratische Hürden abbaut (z.B. bei der Registrierkasse) und finanzielle Erleichterungen bringt (z.B. für die unentgeltliche Mitarbeit bei Vereinsfesten). Gleichzeitig setzten wir wichtige Akzente für unsere Gastwirte (z.B. einfachere Mitarbeit naher Angehöriger) und ermöglichen dadurch ein faires Nebeneinander von Vereinsveranstaltungen und Gastronomie.

## Bürgerliche Sozialpolitik für Österreich

Als Volkspartei setzen wir dort an, wo es notwendig ist. Daher haben wir uns intensiv für eine Reform der Mindestsicherung eingesetzt, die in erster Linie als Überbrückungshilfe wirkt und sowohl Solidarität mit jenen zeigt, die Hilfe brauchen, als auch mit jenen, die das System finanzieren. Um unser Sozialsystem langfristig zu sichern, sind auch Adaptierungen der Niederlassungsfreiheit notwendig. Denn Personenfreizügigkeit darf nicht heißen, sich das beste Sozialsystem auszusuchen. Mit einer Wartefrist für Sozialleistungen und der Anpassung der Familienbeihilfe an die Lebenshaltungskosten der jeweiligen EU-Mitgliedstaaten haben wir konkrete Maßnahmen vorgelegt.

## Veranstaltungen als Beitrag zur politischen Debatte

Neben konkreten inhaltlichen Erfolgen haben wir die für Österreich und die Volkspartei wichtigen Themen auch in zahlreichen öffentlichen und internen Veranstaltungen intensiv diskutiert und dadurch wesentlich zur politischen Debatte in unserem Land beigetragen.

## Rundes Jubiläum und große Reden

Die Volkspartei geht entschlossen in die Zukunft. Gleichzeitig können wir auf eine große Geschichte zurückblicken. Anlässlich des 70-jährigen Jubiläums zur Gründung der Österreichischen Volkspartei fand im April 2015 ein großer Festakt im Wiener Schottenstift – dem Gründungsort unserer Partei – statt. In Anwesenheit zahlreicher ehemaliger Bundesparteiobermänner sowie von Persönlichkeiten, die den Werdegang unserer Partei von Anfang an miterlebt haben, wurde das runde Jubiläum mit einem Festgottesdienst und einer anschließenden Festsitzung feierlich begangen.

Auch die in der Volkspartei bereits bewährte Tradition großer staatstragender Reden fand in den vergangenen Jahren ihre Fortsetzung. Besonders hervorzuheben ist dabei die im Oktober 2016 in der Wiener Aula der Wissenschaften gehaltene Grundsatzrede von Bundesparteiobermann Dr. Reinhold Mitterlehner. Unter dem Motto „Das Land nach vorne bringen“ präsentierte er seine Vorstellungen, wie wir unser Land in Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung wirtschaftlich fit machen, unsere Sozialleistungen zielgenauer ausrichten sowie mit Bildung, Forschung und Innovation wichtige politische Akzente setzen können.

## Lebendige Diskussionskultur der Volkspartei

Die Stärke der Volkspartei sind unsere zahlreichen Funktionärinnen und Funktionäre, die im täglichen Kontakt mit den Menschen wertvolle Arbeit leisten und unverzichtbare Multiplikatoren unserer Politik sind. Mit Formaten wie der Zukunftskonferenz oder der Bürgermeisterkonferenz haben wir gezielt auf den gegenseitigen Austausch gesetzt.

Zudem fanden seit November 2014 insgesamt 14 parteiinterne Foren statt, in denen Themen wie „Bildung und Wissenschaft“, „Verkehr und Infrastruktur“ oder „Landwirtschaft und ländlicher Raum“ gemeinsam mit Expertinnen und Experten diskutiert und Handlungsempfehlungen erarbeitet wurden.

## Parteiarbeit im Auftrag der Bürger

Als Volkspartei verstehen wir Politik als Dienstleistung, die für unser Land bestmögliche Rahmenbedingungen schafft und die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt stellt.

## Bürgernähe als Leitprinzip

Die regelmäßige Arbeit in den Parteiliegungen der Volkspartei trägt maßgeblich dazu bei, unsere Politik nach den Bedürfnissen der Menschen auszurichten. Seit dem 36. ordentlichen Bundesparteitag im November 2014 fanden daher insgesamt 16 Sitzungen des Bundesparteivorstandes und 10 Sitzungen der Bundesparteileitung statt. Im gleichen Zeitraum lud die Volkspartei zu 15 Geschäftsführersitzungen und zwei Teamkonferenzen.

Foto: Dominik Bulzmann

Unter dem Vorsitz von Dr. Ulrike Baumgartner-Gabitzer wurden zudem drei Sitzungen des Bundeskontrollausschusses abgehalten und u.a. die statutarische Kontrolle der Teilorganisationen durchgeführt.

Ein schlankerer Bundesparteivorstand und eine größere Bundesparteileitung, die die gesamte Breite der Volkspartei abbildet, sorgen seit dem Reformparteitag 2015 für eine noch bessere Arbeitsfähigkeit unserer Leitungsgremien.

Über 36.000 beantwortete E-Mails, 10.000 Telefongespräche, tausende Antwortbriefe und Rückmeldungen auf Facebook-Anfragen sowie umfangreiche Serviceleistungen und aktuelle Informationen für unsere Funktionärinnen und Funktionäre zeugen zudem davon, dass Bürgernähe in der täglichen Arbeit der Volkspartei großgeschrieben wird und wir uns als erste Anlaufstelle für die Anliegen der Bevölkerung verstehen.

## Aufbruch in die neue Zeit

Am 10. Mai 2017 hat Dr. Reinhold Mitterlehner seinen Rücktritt als Bundesparteiobermann bekanntgegeben. Seitdem sind in der Volkspartei wesentliche Richtungsentscheidungen getroffen worden: Sebastian Kurz wurde am 14. Mai 2017 vom Bundesparteivorstand einstimmig zum geschäftsführenden Bundesparteiobermann der Volkspartei gewählt. Mit Elisabeth Köstinger als Generalsekretärin und Dr. Stefan Steiner als Generalsekretär sowie Axel Melchior als Bundesgeschäftsführer setzt Sebastian Kurz auf ein junges Team, das die Volkspartei mit einem neuen Stil als moderne, offene politische Kraft positioniert. Damit schafft die Volkspartei ein neues Angebot für eine neue Zeit, um mit erfahrenen Kräften und vielen neuen Persönlichkeiten als „Liste Sebastian Kurz – die neue Volkspartei“ in die Nationalratswahl am 15. Oktober 2017 zu ziehen.



Der ÖVP-Parlamentsklub

# Wir bestimmen Themen und Tempo in der parlamentarischen Arbeit



Eine Vielzahl wichtiger Projekte, Beschlüsse und Gesetze haben wir seit dem vergangenen Bundesparteitag verhandelt und erfolgreich abgeschlossen. Der ÖVP-Parlamentsklub steht für eine Politik mit einem festen Wertefundament – nach dem Motto: Zuhören, nachdenken, entscheiden. Unter der Leitung von ÖVP-Klubobmann Dr. Reinhold Lopatka und seinen Stellvertretern Jakob Auer, Peter Haubner, Edgar Mayer, Dorothea Schittenhelm und August Wöginger bestimmen wir Themen und Tempo in der parlamentarischen Arbeit!



Der ÖVP-Parlamentsklub ist mit 51 Nationalratsabgeordneten, 22 Bundesräten und fünf Europaabgeordneten der größte Klub im österreichischen Parlament.

## Gemeinsam sind uns im Parlament entscheidende Schritte für eine gute Zukunft des Landes gelungen:

- Wir haben die U-Ausschuss-Reform gestaltet. Mit der Einführung des Verfahrensrichters hat die ÖVP eine Institution durchgesetzt, die die Befragungsführung sachlich gestaltet und die Untersuchungsausschüsse vom Etikett eines Polit-Tribunals befreit. Die Verrechtlichung der Verfahrensregeln hat sich sowohl im Hypo-Untersuchungsausschuss als auch im zweiten Eurofighter-Untersuchungsausschuss bereits bewährt.
- Die ÖVP hat erstmals eine Frau als Rechnungshofpräsidentin gegen massive Widerstände durchgesetzt. Dr. Margit Kraker leitet nun eine der wichtigsten Institutionen des Landes in den kommenden 12 Jahren.
- Wir machen die richtige Sicherheitspolitik und setzen Grenzen – schon im Jänner 2016 haben wir hier die Weichen bei der Flüchtlingspolitik in die richtige Richtung gestellt. Im April 2016 hat das Parlament

schließlich auf ÖVP-Initiative ein durchdachtes Asyl- und Sicherheitspaket beschlossen.

- Mit der Steuerreform, die Anfang 2016 wirksam wurde, haben wir die Wirtschaft im Land nachhaltig angekurbt. Die Fünf-Milliarden-Euro-Entlastung hat die Kaufkraft der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler deutlich gestärkt. Durch zusätzliche Mittel in den Bereichen Sicherheit, Integration und Landesverteidigung gehen wir im Budget 2017 besonders auf die Sorgen der Menschen im Land ein.
- Wir sind Garant dafür, dass der Sozialstaat abgesichert wird. Mit unserer dreiteiligen Enquete „Aktuelle Herausforderungen. Antworten einer bürgerlichen Sozialpolitik“ haben wir uns gerade beim Thema der bedarfsorientierten Mindestsicherung klar positioniert. Denn: Wer unser Sozialsystem erhalten will, muss Änderungen durchführen. Leider konnten wir eine österreichweite faire Regelung bei der Mindestsicherung noch nicht erreichen.
- Wir haben mit unseren drei Enqueten „Wachstum statt Vorschriften“ unsere Vorstellungen für eine gute Wirtschaftspolitik präsentiert.
- Mit der Enquete „Land- und Forstwirtschaft 4.0“ sowie der Enquete „Herausforderungen für die Jagd im 21. Jahrhundert“ haben wir als Anwalt des ländlichen Raumes zwei vielbeachtete Veranstaltungen im Parlament durchgeführt.
- Der ÖVP-Parlamentsklub hat das Thema Werte ins Zentrum gerückt: Unsere Enquete „Braucht es eine

Leitkultur?“ hat österreichweit eine Diskussion über unsere Wertehaltungen entfacht.

- Die Frauenenquete des ÖVP-Klubs widmete sich dem Thema „Was Frauen wollen“ und zielte dabei darauf ab, Frauen noch stärker und auf allen Ebenen in die Entwicklung des Landes einzubinden. Die Einführung des Reißverschluss-Systems für Wahllisten ist ein Beispiel dafür.
- Es braucht ein neues Wahlrecht, dessen Notwendigkeit nicht zuletzt durch die Vorgänge bei der Bundespräsidentenwahl ersichtlich wurde. Einen ersten Schritt dazu, ein zentrales Wählerregister, haben wir bereits beschlossen.



- Das neue Asylrecht wurde im Rahmen des Fremdenrechtsänderungsgesetzes beschlossen, ebenso wie das Start-up-Paket, das Integrationsgesetz und der Bundesfinanzrahmen für die Jahre 2018 bis 2021.
- Bei der Bildungsreform haben wir mit dem Koalitionspartner und den Oppositionsparteien lange und intensiv verhandelt und letztlich dafür gesorgt, dass die richtigen Schritte gesetzt werden, um das beste Ergebnis für unsere Kinder im Sinne der Wahlfreiheit und besten Entscheidungen am Standort für Kinder, Eltern und Lehrer zu erzielen.
- Eine wichtige Rolle im parlamentarischen Geschehen nimmt der Bundesrat ein. Der EU-Ausschuss des Bundesrates entwickelt sich immer mehr zu einem starken, effektiven

Kontrollorgan, das Pläne der EU auf Subsidiarität und Bundesländer-tauglichkeit abklopft und nötigenfalls Mitteilungen an die EU schickt.

- Unter der Präsidentschaft der ÖVP-Bundesräte Gottfried Kneifel, Josef Sallor und Sonja Ledl-Rossmann gab es wegweisende Enqueten zu den aktuellen politischen Themenbereichen Digitalisierung, Seniorenbeteiligung und Pflege.

In seiner Öffentlichkeitsarbeit hat sich auch der ÖVP-Parlamentsklub in den Sozialen Medien erfolgreich positioniert. Veröffentlichungen wichtiger Informationen und Hintergründe sind auf Facebook und Twitter für unsere Abgeordneten zum täglichen „Geschäft“ geworden. 41 unserer Nationalrats-Mandatare, 16 Bundesräte und alle fünf Abgeordneten zum Europäischen Parlament sind auf Facebook aktiv, viele von ihnen nutzen zudem Twitter als zusätzlichen Kanal. Außerdem betreibt der Parlamentsklub eine eigene Facebook- und Twitter-Seite und hat ein Klub-TV eingeführt, das laufend Videos zum aktuellen Geschehen im Parlament via Facebook postet. Daneben sind aktuelle Informationen natürlich weiterhin auf der Homepage [www.oevpklub.at](http://www.oevpklub.at) abrufbar.



In unseren Klubklausuren – zumeist zum Jahresauftakt und zum Beginn der Herbstarbeit – haben wir jeweils für die darauffolgenden Monate die wichtigen Weichen für die politische Arbeit gestellt. Das waren: die Klubklausur „Unsere Arbeit für Österreich“ am 18. und 19. Jänner 2015 in Pöllauberg, eine Klub-

tagung am 22. September 2015, am 15. und 16. Jänner 2016 die Klubklausur „Unsere Werte. Unser Weg. Wie wir leben wollen“ in Bad Leonfelden, eine Klubtagung „Unsere Herbstarbeit“ am 20. September 2016 und am 11. und 12. Jänner 2017 die Klubklausur „Österreich voran“. Mit interessanten Gastredner/innen wie etwa Mag. Christian Wehrschütz, Dr. Christian Konrad, Univ.-Prof. Manfred Prisching, Bundesrätin Doris Leuthard aus der Schweiz, Dr. Christoph Badelt und dem deutschen Bundesminister a.D. Wolfgang Clement wurden Impulse von außen gesetzt, die uns in unserer parlamentarischen Arbeit weiterbringen.

Sichtbar wird die Arbeit des Parlamentsklubs natürlich aufgrund der Ausschuss- und Plenarsitzungen des National- und Bundesrates. Seit Herbst 2014 bis inklusive Juli 2017 hielt der Nationalrat 81 Plenarsitzungen ab, 15 davon waren Sondersitzungen. Der Bundesrat tagte in diesem Zeitraum 39 Mal. Festgehalten wurde die parlamentarische Arbeit zudem in zahlreichen Broschüren, die auch auf unserer Homepage abrufbar sind. Es waren dies „Würde am Ende des Lebens“ – eine Nachlese zur Enquete-Kommission im Parlament, „Aktuelle Herausforderungen, Antworten einer bürgerlichen Sozialpolitik“ anlässlich der Sozialenqueten des ÖVP-Parlamentsklubs, „Wachstum statt Vorschriften“ zu unseren Wirtschaftsenqueten und zuletzt „Zwischenbilanz 2013–2016 und Ausblick 2017“.

Mit Anfang Juli 2017 ist das Parlament und damit auch der ÖVP-Parlamentsklub wegen der umfassenden Sanierung des Parlamentsgebäudes in die Ausweichquartiere am Heldenplatz und in der Hofburg gezogen. Dort werden wir unsere Arbeit für Österreich bis zur geplanten Rück siedlung im Sommer 2020 fortsetzen.

## ÖVP-Delegation im Europäischen Parlament

# Bericht der ÖVP-Delegation im Europäischen Parlament an den Bundesparteitag

Die EU war und ist ein erfolgreiches Friedensprojekt. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs ist sie auch zum Wiedervereinigungsprojekt Europas geworden. Heute ist eine Neubegründung der EU als Antwort des Kontinents auf die Globalisierung notwendig. Europa muss in zentralen Fragen noch stärker seine Kräfte bündeln, um nicht zum Verlierer der Globalisierung zu werden. Die EU muss zum Sprecher des Kontinentes in der Welt werden. Die ÖVP im Europäischen Parlament will die EU handlungsfähiger, effizienter, demokratischer, bürgernäher und besser machen. Österreich und die EU bedingen einander. Die Zusammenarbeit macht uns erfolgreicher.



## Die größten Erfolge der ÖVP im EU-Parlament seit dem letzten Bundesparteitag

- Der größte öffentliche Investitionsfonds in der Geschichte Europas, der EFSI, arbeitet seit Juni 2015 unter österreichischer Führung.

- Für Banken ist es einfacher geworden, Kredite an kleine und mittlere Unternehmen zu vergeben.
- Wir kämpfen für eine Einhaltung der Euro-Spielregeln in Europa und für die Schaffung eines Europäischen Währungsfonds.
- Handelsabkommen CETA mit Kanada: Alle Forderungen Österreichs wurden durchgesetzt. Durch das Abkommen entstehen neue Arbeitsplätze in Österreich und europäische Standards werden geschützt.
- Multinationale Konzerne wie Apple oder Amazon werden offenlegen müssen, ob und wo sie Steuern zahlen. Wir kämpfen unermüdlich für Maßnahmen gegen Steuerflucht, Steueroasen und Briefkastenfirmen.
- Wir stimmen konsequent gegen Gentechnik und haben durchgesetzt, dass es ein nationales Anbauverbot für gentechnikveränderte Pflanzen gibt.
- Eine neue Herkunftskennzeichnung von Frischfleisch in der EU wurde durchgesetzt. Wir wollen wissen, wo unser Essen herkommt.
- Wir stehen für ein klares Bekenntnis der flächendeckenden Landwirtschaft in Europa und kämpfen unermüdlich dafür, dass die bäuerliche Landwirtschaft ins Zentrum der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik gerückt wird und die Landwirte für ihren Beitrag zum Umweltschutz und zur Landschaftspflege gerecht entlohnt werden.
- Die EU-Forststrategie sieht vor, dass Waldbesitzern keine überflüssige Bürokratie zugemutet wird.
- Wir haben verhindert, dass Schulkaos in der EU nicht mehr gefördert werden darf.
- Wir haben den Einsatz von Antibiotika in der Tierzucht stark reduziert, damit Antibiotika in Lebensmitteln weniger werden.
- Die Roaminggebühren beim Telefonieren und Surfen im EU-Ausland sind am 15. Juni 2017 abgeschafft worden.
- Der Energieverbrauch von Haushaltsgeräten (wie z.B. Kühlschränken) wird nun verständlich gekennzeichnet. Das macht die Kaufentscheidungen einfacher und spart Energie.
- Das Budget der EU wird stärker für eine bessere Sicherung der EU-Außengrenzen, für die Bewältigung der Flüchtlingsbewegung, für Europol sowie für die Förderung von Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit verwendet.
- Wir stimmen konsequent gegen Atomkraft und für erneuerbare Energien in Europa.
- Wir kämpfen dafür, dass die Klimapolitik nicht dazu führt, dass Industriebetriebe aus der EU abwandern und sich in anderen Weltregionen ansiedeln.
- Wir kämpfen dafür, dass Autofahren in Europa nicht weiter verteuert wird. Die Überarbeitung der EU-weiten Maut-Spielregeln darf nicht zu einer Kostenlawine für die Bürger werden.
- Die technischen Vorschriften der Eisenbahn wurden europaweit so vereinheitlicht, dass man endlich mit einer Lokomotive von Paris

nach Wien oder von Wien nach Rom fahren kann.

- Wir kämpfen für eine effizientere Verwendung der EU-Gelder für Entwicklungszusammenarbeit, insbesondere um die Ursachen der Flüchtlingskrise zu bekämpfen.
- Drohnen werden als fester Bestandteil in den Güterverkehr von morgen eingeplant. Damit wollen wir neue Innovationen und Geschäftsmöglichkeiten fördern.
- Wir kämpfen gegen die Ausländerdiskriminierung durch die Maut in Deutschland.
- Die EU-Grenz- und Küstenwache wird immer schlagkräftiger. Erstmals gibt es nun eine Noteinsatz-Grenztruppe von 1500 Grenzpolizisten, die innerhalb weniger Tage überall in Europa eingesetzt werden kann.
- Die Terror-Propaganda des „Islamischen Staats“ kann nun schneller im Internet gelöscht werden.
- Durch das neue gemeinsame europäische Fluggastdatenregister können die Flugrouten internationaler Terroristen endlich ausgeforscht werden.
- Alle europäischen Arbeitsmarktservices stellen erstmals Stellenangebote in eine gemeinsame EU-weite Job-Datenbank. Das macht die Jobsuche in der ganzen EU einfacher.

## Die Abgeordneten

Die ÖVP im EU-Parlament hat durch Fachkenntnis, harte Arbeit und langjährige Verlässlichkeit viel durchsetzen können. Nur so wird man als kleines Land in Europa ernst genommen. Kein anderes österreichisches Team im Europäischen Parlament hat so viel Einfluss.

**Othmar Karas**, Vizepräsident des Europäischen Parlaments von 2012 bis 2014, ist im Wirtschafts- und Währungsaus-

schuss des Parlaments einer der Architekten der neuen europäischen Finanzmarktregulierung und der Bankenunion. Im Auswärtigen Ausschuss, im Verteidigungsausschuss und als Vorsitzender der EU-Russland-Delegation des Parlaments gestaltet er die Außenpolitik der EU mit. Im Binnenmarktausschuss setzt er sich für den Abbau von Hürden in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten ein. Für die Delegation betreut er auch die Vorbereitung der notwendigen EU-Vertragsänderungen.

**Elli Köstinger** ist nicht nur neue Generalsekretärin der Volkspartei. In Brüssel ist sie die starke Stimme der österreichischen Landwirtschaft in der EU. Elli kämpft für einen vitalen ländlichen Raum und die bäuerliche Landwirtschaft. Die Reform der Landwirtschaft in Europa trägt ihre Handschrift. Außerdem ist sie Mitglied des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Sie ist Lebensmittelsprecherin der EVP-Fraktion. Darüber hinaus setzt sie sich im Frauenausschuss für die Gleichstellung der Geschlechter ein und steht für eine Frauenpolitik, die wirkliche Wahlfreiheit für Frauen schafft.

**Paul Rübiger** ist Europas „Mister Roaming“. Er hat vor über 10 Jahren die Idee entwickelt, wie man die völlig überhöhten Auslandszuschläge beim Telefonieren und Internetsurfen in der EU abschaffen kann. Die Roaminggebühren sind jetzt weg. Nun kämpft er für den „digitalen Binnenmarkt“. Paul Rübiger bringt seine ganze Erfahrung in den Bereichen Industrie, Forschung, Energie, Haushalt, Handel und Entwicklungspolitik in den dafür zuständigen Ausschüssen ein.

**Claudia Schmidt** ist die Verteidigerin der österreichischen Autofahrer in Europa. Als Mitglied des Verkehrsausschusses im EU-Parlament ist sie mit Infrastruk-

turfragen und der Neuausrichtung der Verkehrspolitik befasst. Im Haushaltskontrollausschuss kämpft sie für eine effizientere Verwendung von EU-Geldern, besonders in der Entwicklungspolitik. Ebenso aktiv bringt sie sich in den Ausschüssen für regionale Entwicklung und für Menschenrechte ein.

**Heinz K. Becker** ist der Kämpfer für eine der größten europäischen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte: Wie unsere Sozialsysteme organisieren, wenn die Menschen immer länger leben? Er schaut darauf, dass jedes EU-Gesetz generationengerecht ist. Im Justiz- und Innenausschuss setzt er sich für eine europäische Sicherheits- und Migrationspolitik ein. Den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger verleiht er im Petitionsausschuss Nachdruck. Im Bildungs- und Kulturausschuss setzt er sich dafür ein, dass das österreichische duale Berufsausbildungssystem mehr Nachahmer in Europa findet.

Mit **Herbert Dorfmann** gibt ein Mitglied der Südtiroler Volkspartei der Arbeit der ÖVP im EU-Parlament eine zusätzliche europäische Dimension. Durch seine Mitgliedschaft im Landwirtschafts- und im Umweltausschuss können wir wirkungsvolle und länderübergreifende Allianzen schmieden, z.B. für nachhaltige Biolandwirtschaft oder erneuerbare Energien. Auch seine Expertise in Fragen von Minderheitenrechten ist in Europa gefragt und die Autonomie Südtirols bleibt ein Modell für die Lösung nicht nur europäischer Konflikte

## Europäisierung der Innenpolitik

Wenn Österreich in der EU noch mehr mitreden will, müssen wir die Innenpolitik weiter europäisieren und dürfen Österreich nicht gegen Europa ausspielen. Europa ist Teil der Lösung, nicht das Problem.

Politische Akademie

# Die Politische Akademie 2014–2017



## 1 Politik neu denken

„Politik neu denken“ – diesem Motto hat sich im November 2015 das neue Vorstandsteam der Politischen Akademie verschrieben: Mit dem Vorstandsvorsitzenden Sebastian Kurz und seinen Stellvertretern Elisabeth Köstinger, Bettina Rausch, Harald Mahrer und Dietmar Halper will die Politische Akademie den Veränderungen in der Gesellschaft und der Politik weiter gerecht werden.

## 2 Neuausrichtung der Politischen Akademie

Mit dem Auftrag, die Arbeitsbereiche und Tätigkeitsfelder der Akademie neu auszurichten, haben das Vorstandsteam und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Politischen Akademie die Neuausrichtung auf drei Kernsäulen ausgerichtet: Think Tank, Akademie und Netzwerk.

### 2.1 Think Tank

Die Politische Akademie der ÖVP positioniert sich noch stärker als bisher als politischer Think Tank. Die Auseinandersetzung mit künftigen Herausforderungen unserer Gesellschaft spielt dabei eine zentrale Rolle. In den

Jahresschwerpunkten ist beabsichtigt, politische Lösungen und Handlungsanleitungen für die Herausforderungen der Zukunft zu geben.

### 2.1.1 Digitale Lebenswelten

Im ersten Schwerpunkt haben wir uns mit dem Thema „Digitale Lebenswelten“ beschäftigt. Die Digitalisierung revolutioniert unser Leben in sämtlichen Facetten. Sie hat ökonomische, rechtliche, soziale und politische Auswirkungen, denen wir uns nicht entziehen können.

Diese Herausforderung wurde sowohl mit Expertinnen und Experten aus Forschung und Wirtschaft unter der Leitung von Michael Hirschbrich (CEO updatemi) als auch mit der interessierten Öffentlichkeit diskutiert. Im „#innovationsbericht\_digital“ werden mögliche Lösungsmöglichkeiten für die politischen Handlungsträger aufgezeigt.

### 2.1.2 Sozialstaat neu denken

Der zweite Schwerpunkt im Jahr 2016 beschäftigte sich mit dem Thema „Sozialpolitik“. Der soziale Wohlfahrtsstaat ist unter Druck. Seit Jahren wird über die Finan-

zierung von Sozialleistungen, den Umbau der sozialen Sicherungssysteme sowie die Zukunftsfähigkeit des Pflege- und Pensionssystems diskutiert.

Diese Fragen wurden mit einem hochkarätigen Expertenkreis unter der Leitung von Prof. Wolfgang Mazal und auch mit der interessierten Öffentlichkeit diskutiert. Im „#innovationsbericht\_sozial“ werden Handlungsempfehlungen für die Politik aufgezeigt.

### 2.1.3 Erfolgsfaktor: Standort Österreich

Der dritte Schwerpunkt im Jahr 2017 beschäftigt sich mit dem Wirtschaftsstandort Österreich.

Der Expertenkreis unter der Leitung von Dr. Antonella Mei-Pochtler (Senior Partner & Managing Director, The Boston Consulting Group) hat sich zum Ziel gesetzt, konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik zu erarbeiten, wie der österreichische Wirtschaftsstandort der Zukunft aussehen soll. Der Innovationsbericht wird im Herbst 2017 vorgestellt.

### 2.2 Akademie

Die Kernaufgabe der Politischen Akademie ist die politische Erwachsenenbildung. In der Akademie werden alle Lehrtätigkeiten der Politischen Akademie gebündelt, von der Ausbildung politischer Nachwuchskräfte bis zur Weiterbildung interessierter Bürgerinnen und Bürger, politischer Funktionäre oder hauptamtlicher Mitarbeiter der Volkspartei.

Im Sommer 2016 hatte der TOP-Lehrgang der Executive Academy die Möglichkeit, beim European Forum Alpbach mit dabei zu sein.

Pressereferenten, Social-Media-Verantwortliche in der ÖVP und aus ihrem Umfeld, Funktionäre und Mandatäre aller



Ebenen stehen genauso im Fokus dieser Ausbildungen wie auch Verantwortungsträger in den verschiedensten Bereichen und deren Assistenten.

### 2.3 Netzwerk

Die Politische Akademie hat über die Jahre ein breites Netzwerk an Unterstützern und Partnern aufgebaut. Allen voran das am Campus befindliche Seminarhotel Springer Schloßl.

### 2.3.1 Seminarhotel Springer Schloßl

Im April 2015 wurde das Seminarhotel Springer Schloßl nach 9-monatiger Umbausperre neu eröffnet. Das gesamte Gebäude mit seinen 38 Zimmern und dem Restaurant wurde auf den neuesten Stand der Technik gebracht, auf dem Flachdach befindet sich eine moderne Photovoltaikanlage, die auch unsere hauseigene Elektrotankstelle für Fahrräder und PKW speist. Die Erwartungen hinsichtlich der Umsätze und der Auslastung konnten übertroffen werden, die Entscheidung zum Umbau hat sich als richtig erwiesen.

### 2.3.2 ÖVP Städteplattform

Die 1976 gegründete Kommunalpolitische Vereinigung (KPV) ist 2016 in die „ÖVP Städteplattform“ umgewandelt worden. Die ÖVP Städteplattform ist das Forum für die Ausarbeitung einer zielorientierten ÖVP-Städtepolitik. Hier erfolgen nicht nur die Vernetzung und der Austausch der ÖVP Stadtparteien, sondern auch die Multiplikation von Know-how und Best-Practice-Beispielen. Das Team der ÖVP Städteplattform rund um



den Präsidenten Gernot Blümel (Wien) sowie die Vizepräsidenten Markus Linhart (Bregenz), Siegfried Nagl (Graz) und Eva-Maria Posch (Hall in Tirol) hat sich zum Ziel gesetzt, gemeinsame inhaltliche Schwerpunkte zu entwickeln, die Bestandteile einer ÖVP-Vision für die „Stadt der Zukunft“ werden.

Weitere Netzwerkpartner am Campus der Politischen Akademie sind das Friedrich Funder Institut für Publizistik, Medienforschung und Journalistenausbildung (FFI), das Karl von Vogelsang-Institut zur Erforschung der Geschichte der Christlichen Demokratie in Österreich (KvVI) und das Institut für Umwelt – Friede – Entwicklung (IUFE).

## 3 Internationales

Das internationale Netzwerk der Politischen Akademie konzentrierte seine Tätigkeit auf den Kontaktaufbau bzw. regelmäßigen Kontakt mit den ÖVP-Schwesterparteien und deren politischen Stiftungen im EU-Raum sowie in den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas.

Besonders hervorzuheben sind die alljährliche „Europa-Matinee“, rund um den Europatag (9. Mai), wo wir in- und aus-



ländischen Politikern/innen und Experten/innen eine Plattform für die Analyse gesamteuropäischer Probleme bieten. Weiters der intensive Kontakt und Austausch mit Brüssel, wo wir gemeinsam mit unserer stellvertretenden Vorsitzenden Elisabeth Köstinger mehrere Veranstaltungen abhalten konnten.

## 4 Publikationen

Die Politische Akademie publiziert und produziert politische Studien und Analysen sowie Handbücher für den politischen Alltag. Besonders hervorzuheben ist „Das Österreichische Jahrbuch für Politik“, welches im Jahr 2017 sein 40-jähriges Bestehen feierte.



## 5 Das neue Medienstudio auf der Politischen Akademie

Mit einem perfekt ausgestatteten Medienstudio setzt die Politische Akademie der ÖVP neue Maßstäbe im Bereich Videoproduktion und Training. Von der Konzeption über die Produktion bis zur Fertigstellung bietet das Medienstudio zahlreiche Möglichkeiten – u.a. einen Regie- und Videoschnittraum sowie ein Tonstudio.

Österreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund

## Tätigkeitsbericht für den 38. o. Bundesparteitag



### Soziales Gewissen der Volkspartei

Der ÖAAB ist seit jeher das „soziale Gewissen“ der Volkspartei und versteht sich seit seiner Gründung als christlich-soziale Bewegung, die glaubwürdige Ideen und Perspektiven für eine bessere Gesellschaft vertritt. Der ÖAAB ist eine Gesinnungsgemeinschaft. Werte wie Freiheit, Eigenverantwortung, Selbstbestimmung und die persönlich gelebte Solidarität sind Kompass der Politik. Christlich-Sozial heißt, auf den Menschen zu setzen, nicht auf Ideologien. Jede und jeder soll die Freiheit und Chance haben, sich durch Arbeit und Bildung etwas aufzubauen.

Der ÖAAB ist die starke Vertretung aller arbeitenden Menschen – unabhängig davon, in welcher Branche sie tätig sind. Für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen Bildungschancen, gerechte Bezahlung, ein soziales Sicherheitsnetz und die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit gewährleistet werden.

Gleichzeitig darf aber nicht auf Kosten der nachfolgenden Generationen gelebt werden. Deswegen muss christlich-soziale Politik immer auch nachhaltige



Politik sein. Das ist Anspruch und Auftrag des ÖAAB.

### Starkes Team

Von 2011 bis zu ihrem Wechsel nach Niederösterreich im Jahr 2016 stand die heutige NÖ-Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner als Bundesobfrau erfolgreich an der Spitze des ÖAAB. Die Nachfolge Johanna Mikl-Leitners trat im April 2016 der bisherige Generalsekretär, der Innviertler Nationalratsabgeordnete und ÖVP-Sozialsprecher August Wöginger, als geschäftsführender Bundesobmann an. Gleichzeitig wurde Karl Nehammer, seit Herbst 2015 bereits Generalsekretär-Stellvertreter, zum neuen Generalsekretär des ÖAAB bestellt. Im September 2016 wurde August Wöginger im Rahmen des 27. ordentlichen Bundestags des ÖAAB unter dem Motto „Zukunft begreifen. Arbeitswelt gestalten“ im Grazer Arbeiterkammersaal mit 100% der Delegiertenstimmen zum Bundesobmann des Arbeitnehmerflügels der Volkspartei gewählt.

### 100% Zukunftsarbeit

100%-ige Zustimmung fand nicht nur der neue Bundesobmann, sondern auch

das ambitionierte „ÖAAB-Arbeitsprogramm 2020“, das die vielfältigen Herausforderungen einer modernen und zukunftsfiten Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmervertretung in den drei Themensäulen „Soziale Sicherheit und Gerechtigkeit“, „Standortsicherheit und Beschäftigung“ sowie „Starkes Europa und Sicherheit für Österreich“ skizziert. Mit dem „Arbeitsprogramm 2020“, das auf einer repräsentativen Umfrage mit mehr als 2.400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus ganz Österreich basiert, hat sich der ÖAAB in seiner Gesamtheit ein herausforderndes Aufgabenpaket bis zum Jahr 2020 geschnürt.

### „Zukunft begreifen.

#### Arbeitswelt gestalten“

Der ÖAAB ist die starke Stimme der österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und hat sich zum Ziel gesetzt, Arbeit und alles, was damit in Verbindung steht, jederzeit neu zu denken und die Arbeitswelt den aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Es gilt, die Zukunft zu begreifen und die Arbeitswelt von morgen zu gestalten.

### Erreicht: Eine Bilanz

#### Mehr Geld im Börse!

Nie zuvor in der Geschichte der Zweiten Republik konnte ein größeres Entlastungspaket für die Österreicherinnen und Österreicher geschnürt werden. Mit einem Gesamtvolumen von 5,2 Milliarden Euro profitieren alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, alle Familien, aber auch die Pensionistinnen und Pensionisten von der ausgewogenen und nachhaltigen **Steuerreform**.

Das klare Ziel des ÖAAB war, den

Eingangssteuersatz zu senken und mehr Netto vom Brutto für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erreichen. Dies ist gelungen: Seit Jänner 2016 bleiben durchschnittlich 1.000 Euro pro Jahr mehr am Konto. Auch jene, die keine Steuern bezahlen, werden entlastet. Sie erhalten statt bisher 110 Euro jetzt bis zu 400 Euro im Jahr in Form der **Negativsteuer** zurück.

### Die Familien im Fokus

Eine langjährige Forderung des ÖAAB nach besserer Berücksichtigung von Familien mit Kindern im Steuersystem wurde mit der **Verdoppelung des Kinderfreibetrags** von 220 Euro auf 440 Euro umgesetzt.

Mit Juli 2014 wurde die **Familienbeihilfe** um 4% **erhöht**, im Januar 2016 und 2018 nochmals um jeweils 1,9%.

Zusätzlich profitieren Familien mit Neugeborenen durch die **antraglose Familienbeihilfe**. Sie kommen so bereits seit Mai 2015 schneller und unbürokratischer an ihr Geld.

Für Geburten seit März 2017 gilt das **Kinderbetreuungsgeldkonto**: Die bisherigen vier Pauschalvarianten des Kinderbetreuungsgelds verschmelzen in ein Konto, die Bezugsdauer kann flexibel gewählt werden. Die einkommensabhängige Variante bleibt weiterhin bestehen.

### Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Die **Wiedereingliederungsteilzeit** dient der erleichterten Rückkehr in den Beruf nach langer Krankheit. Für die Dauer von ein bis 6 Monaten hat die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer die Möglichkeit, sich schrittweise wieder in den Arbeitsprozess einzufügen.

Bis zu **8 Jahre Ersatz-Versicherungszeiten für die Kindererziehung**, die

vor dem Jahr 2005 erworben wurden, können nun für die Erfüllung der Mindestversicherungszeit von 15 Jahren für die reguläre Alterspension herangezogen werden. Das verschafft vielen Frauen erstmals einen eigenen Pensionsanspruch. **Die verbesserte Möglichkeit zum freiwilligen Pensionsplitting** kommt ebenfalls vor allem Frauen zugute. Die Zeiten können nun bis zum siebenten Geburtstag des Kindes (statt bisher bis zum vierten) übertragen werden. Der Antrag kann weiters (statt bisher bis zum 7. Geburtstag) nun bis zum 10. Geburtstag des jüngsten Kindes gestellt werden. Für Mindestpensionistinnen und -pensionisten, die 30 Jahre oder länger gearbeitet haben, erhöht sich die **Ausgleichszulage** auf 1.000 Euro pro Monat.

**Bonus für längeres Arbeiten:** Wer nach dem gesetzlichen Antrittsalter den Pensionsantritt aufschiebt und bis zu drei Jahre länger arbeitet, erspart sich – ebenso dem Arbeitgeber – die Pensionsversicherungsbeiträge zur Hälfte. Zusätzlich macht der **Aufschubbonus** von 4,2% beim Weiterarbeiten über das gesetzliche Pensionsantrittsalter hinaus die Pension ebenfalls höher.

Die **Abschaffung der täglichen Geringfügigkeitsgrenze** bringt Rechtssicherheit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es gilt nur noch die monatliche Grenze von derzeit 406 Euro. Eine **Erleichterung für Lehrlinge** tritt mit Juli 2017 in Kraft. Es werden die vollen Kosten für alle Vorbereitungskurse für die Lehrabschlussprüfung (aus den Mitteln der betrieblichen Lehrstellenförderung) übernommen. Bisher war die Rückerstattung mit 250 Euro gedeckelt. Ebenso gilt nun eine **verkürzte Frist für die Rückforderung von Ausbildungskosten**. Die Frist wurde von bisher 5 auf 4 Jahre verkürzt.

Wenn ein Unternehmen plant, eine Stelle mit höherem Arbeitszeitausmaß auszuscheiden, müssen nun zuerst die Teilzeitbeschäftigten darüber in Kenntnis gesetzt werden. Dies besagt das **Informationsrecht für Teilzeitbeschäftigte**. Für den „Lohnsteuerausgleich“ ist ab 2017 kein Antrag mehr nötig, wenn nur die Pauschalbeträge in Anspruch genommen werden – dafür sorgt die **antraglose Arbeitnehmerveranlagung**. Geringverdienerinnen und Geringverdiener sparen sich damit auch den Antrag auf Auszahlung der Negativsteuer.



Österreichischer Bauernbund

# Regionen sichern – heimisch kaufen

## 1 Statistik und Wahlergebnisse

### 1.1 Der Bauernbund in Österreich – Mitgliederzahlen

Der Bauernbund zählt zu den stärksten Teilorganisationen innerhalb der ÖVP.

Bundesland	Mitgliederzahl per Dezember 2016
Burgenland	4.555
Kärnten	5.722
Niederösterreich	103.501
Oberösterreich	49.521
Salzburg	8.620
Steiermark	43.320
Tirol	18.534
Vorarlberg	2.142
Wien	734
<b>Summe</b>	<b>236.649</b>

### 1.2 Der Bauernbund in Österreich – Landwirtschaftskammerwahlen

Stimmenanteil des ÖVP-Bauernbundes bei den Landwirtschaftskammerwahlen seit November 2014

Bundesland	Wahltermin	% f. Bauernbund	Mandate Bauernbund
Oberösterreich	25.01.2015	<b>65,94%</b>	24 von 35 Mandaten
Salzburg	22.02.2015	<b>71,70%</b>	21 von 28 Mandaten
Niederösterreich	01.03.2015	<b>83,72%</b>	30 von 36 Mandaten
Tirol	26.03.2015	<b>83,56%</b>	14 von 16 Mandaten
Kärnten	06.11.2016	<b>47,15%</b>	18 von 36 Mandaten
Steiermark	31.01.2016	<b>69,71%</b>	30 von 39 Mandaten
Vorarlberg	05.03.2016	<b>75,58%</b>	11 von 14 Mandaten

Dank seiner konstanten Wahlerfolge stellt der Bauernbund sämtliche Präsidenten in den Landeslandwirtschaftskammern und der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs (LKÖ).

## 2 Bauernbund-Bilanz

November 2014 – Juni 2017

### 2.1 Österreich ist Europameister bei der Ländlichen Entwicklung

Am 12. Dezember 2014 wurde das österreichische Programm Ländliche Entwicklung von der EU-Kommission genehmigt – als erstes von insgesamt

118 Programmen. Damit war die Umsetzung ab Jahresbeginn 2015 möglich und Planungssicherheit für die Bauernfamilien gewährleistet.

### 2.2 Steuerreform 2015 bringt Entlastung für Bauernfamilien

Die Steuerreform 2015 brachte eine Gesamtentlastung im Ausmaß von 5,2 Mrd. Euro ab 1.1.2016. Herzstück der Steuerreform ist eine Tarifreform mit einem Volumen von 4,5 Mrd. Euro, von der alle Nebenerwerbsbauern in Österreich profitieren. Zudem werden 15 Mio. Euro jährlich aus der Steuerreform 2015 für Bäuerinnen und Bauern bereitgestellt, um Beitragserhöhungen von über 10% aufgrund der Neufeststellung der Einheitswerte teilweise abzufedern.

#### Weitere Erfolge:

- Eine Vermögenssteuer bzw. Erbschafts- und Schenkungssteuer im Ausmaß von 2,5 Mrd. Euro konnte in den Verhandlungen abgeschmettert werden;
- Eine massive Kostenbelastung bei Hofübergaben (Grunderwerbsteuer)

konnte verhindert werden – die Reform der Einheitswerte hat sich ausgezahlt!

- Eine Erhöhung des Durchschnittssteuersatzes von 13% bei pauschalisierten Betrieben im Verkauf konnte durchgesetzt werden.
- Der land- und forstwirtschaftliche Einheitswert bleibt Bemessungsgrundlage für die Grundbucheintragsgebühren/Grunderwerbsteuer.
- Gangbare Lösung bei Registrierkassenpflicht.

### 2.3 Ernteversicherung ausgebaut

Die existierende staatliche Bezuschussung von Versicherungsprämien (gegen Hagel und Frost) wurde auf Schäden durch Dürre, Stürme sowie starke oder anhaltende Regenfälle ausgedehnt (ca. 76 Mio. Euro bis 2020).

### 2.4 Abgeltung der Frostschäden 2016

Durch Änderung des KatFG wurden zusätzliche Mittel für die Entschädigung der Frostschäden zur Verfügung gestellt. Mit rund 51 Mio. Euro (Bundes- und Landesmittel) war die Frostaktion 2016 die größte Entschädigungsmaßnahme für witterungsbedingte Ertragsausfälle in Österreich.

### 2.5 Exportservicestelle eingerichtet

Um das Exportgeschäft bei Agrar- und Lebensmitteln zu steigern, wurde das „Büro für veterinärbehördliche Zertifizierung“ eingerichtet. Dieses ist seit Sommer 2016 planmäßig in Vollbetrieb gegangen und bereits sehr erfolgreich in der Umsetzung.

### 2.6 Bestbieterprinzip im Vergaberecht

Mit der Anpassung des Bundesvergabegesetzes 2016 wurde es möglich, dass bei der Beschaffung von bestimmten Lebensmitteln künftig neben dem Preis

auch Qualitätskriterien („Bestbieter-Prinzip“) bei der Ausschreibung berücksichtigt werden müssen.

### 2.7 Weingesetz-Novelle 2016

Die Weingesetz-Novelle wurde im Mai 2016 beschlossen. Diese brachte u.a. eine Verbesserung der Abgrenzung und Benennung von Herkunftsbezeichnungen, eine Erhöhung des Hektarhöchsttrages nach Umstellung des Rebflächenverzeichnisses und ein „Sicherheitsnetz“ für jene Uhdler-Sorten, die aus nicht klassifizierbaren Rebsorten erzeugt werden.

### 2.8 Erfolgreiche Programmänderung Ländliche Entwicklung

Mit der Programmänderung im Frühjahr 2016 konnten im Investitionsbereich, im Agrarumweltprogramm ÖPUL, der Verarbeitung und Vermarktung sowie beim Tierwohl zukunftsorientierte Schwerpunkte gesetzt werden.

### 2.9 Schulobstprogramm verlängert

Für das Schuljahr 2016/17 hat die Europäische Kommission Österreich ein EU-Budget von rund 3,5 Mio. Euro zugeteilt. Damit konnten innerhalb von 2 Jahren die verfügbaren EU-Gelder verdoppelt werden.

### 2.10 Vermarktung österreichischer Lebensmittel stärken

„Best of Austria“ ist eine neue Initiative, mit der österreichischen Spitzenleistungen internationale Aufmerksamkeit verschafft und damit die Vermarktung von Qualitätsprodukten weltweit unterstützt wird. Von Jänner bis August 2016 konnte der Agraraußenhandel um 177 Mio. Euro oder 2,7% gegenüber dem Vorjahreszeitraum gesteigert werden und damit stärker wachsen als die restliche Außenwirtschaft.

### 2.11 Breitbandinitiative im ländlichen Raum

Durch die Breitbandinitiative zur Entwicklung ländlicher Räume werden Arbeitsplätze

gesichert und neue Möglichkeiten für die Land- und Forstwirtschaft geschaffen.

### 2.12 Zweites EU-Hilfepaket umgesetzt – Milchlieferrücknahme

Die Initiative des Bauernbundes auf EU-Ebene brachte die erhoffte Entlastung auf dem EU-Milchmarkt. Konkrete Maßnahmen waren u.a. die Auszahlung von 14 Cent/kg tatsächlich reduzierter Anlieferungsmenge im Vergleich mit dem Vorjahreszeitraum. Die EU-Milchlieferrücknahme konnte weiters von Oktober bis Dezember 2016 um weitere drei Monate für den Zeitraum Jänner bis März 2017 verlängert werden.

### 2.13 Geschützte Angaben

Geschützte Herkunftsangaben sind ein großer Vorteil bei der Vermarktung von regionalen Spezialitäten. Im EU-Qualitätsregelungen-Durchführungsgesetz wurde das Anerkennungsverfahren vereinfacht und ein One-Stop-Shop beim Patentamt beschlossen. Zusätzlich wurde eine Beratungsstelle für Interessenten eingerichtet.

### 2.14 Tierzuchtakt

Tierzucht- und Vermarktungsorganisationen sind starke und verlässliche Partner für Österreichs Bäuerinnen und Bauern. Mit dem Tierzuchtakt wurde die Finanzierung der Tierzuchtverbände bis 2020 sichergestellt.

### 2.15 Alpenländisches Bildungs- und Forschungszentrum

Mit dem „Alpenländischen Bildungs- und Forschungszentrum“ in Rotholz wird ein neues Innovationszentrum mit einer starken Verschränkung von Forschung und Lehre entstehen.

### 2.16 „Schau drauf!“

Gemeinsam mit der AMA-Marketing wurden Initiativen gesetzt, um den Inlandsabsatz anzukurbeln und regionale Qualitätsprodukte verstärkt in den

Fokus der Konsumenten zu rücken. Die Kampagne „Schau drauf“ richtet sich an Konsumenten, Handel, Gastronomie, Großküchen usw.

### 2.17 Bio-Aktionsprogramm

Mit dem „Bio-Aktionsprogramm 2015–2020“, das im September 2015 präsentiert wurde, wird der erfolgreiche Weg Österreichs als „Bioland Nummer 1“ weiter unterstützt.

### 2.18 SVB-Reduktion für die Bauernfamilien

Allen vollversicherten Landwirten wurden 53% der Sozialversicherungsbeiträge für das letzte Quartal des Jahres 2016 erlassen. Aus den Rücklagen der SVB wurden dafür rund 88 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, die die Bauern nicht zurückzahlen müssen.

### 2.19 Weiterentwicklung des Tierschutzes in Österreich

Im Mai 2017 konnte die Weiterentwicklung der Tierschutzgesetzgebung (Gesetz und Verordnung) erfolgreich ausverhandelt und ein ausgewogenes und zukunftsorientiertes Paket beschlossen werden.

### 2.20 Bildungsreform

Die Eigenständigkeit des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens konnte gesichert werden.

### 2.21 Neues Kompetenzzentrum für die heimische Forstwirtschaft

Im Juni 2017 erfolgte der Spatenstich für das europaweit einzigartige „Forstliche Bildungszentrum“ in Traunkirchen/Oberösterreich. Auf einer Fläche von rund 1,5 Hektar werden die Forstfachschule Waidhofen/Ybbs und die Forstliche Ausbildungsstätte Ort des Bundesforschungszentrums für Wald (BFW) an einem Standort zu einem neuen Kompetenzzentrum für die österreichische Forstwirtschaft zusammengefasst.

ÖVP Frauen

## Frauenpolitik findet überall statt

Frauenpolitik findet überall statt – deshalb fordern wir diese in allen Politikbereichen ein. Chancengleichheit ist für uns kein Schlagwort, sondern ein Auftrag, der auf allen politischen Ebenen umzusetzen ist. Das Besondere an uns ÖVP Frauen ist nicht nur unser Wissen und Können, sondern vor allem unsere Vielseitigkeit, unser Mut, unsere Authentizität und Überzeugungskraft bei allem, was wir tun. Dies gilt für alle Mitglieder und Funktionärinnen in den Bundesländern bis in die kleinste Ortsgruppe.

### 70 Jahre ÖVP Frauen „Das Wichtige erkennen, das Richtige tun“

In den mehr als 70 Jahren nach der Gründung der ÖVP-Teilorganisation Frauenbund – heute ÖVP Frauen – gab und gibt es immer wieder großartige Politikerinnen und Repräsentantinnen, die Vorbilder für unzählige Frauen waren und sind, die die Politik in Österreich prägten und mitbestimmten und die das auch heute noch tun. Anlässlich des **70-jährigen Jubiläums** im November 2015 kamen auf Einladung von Bundesleiterin Abg.z.NR Dorothea Schittenhelm zahlreiche nationale und internationale Gäste ins Parlament, um gemeinsam die Erfolgsgeschichte der ÖVP Frauen zu feiern.



### Mehr Frauen in die Kommunalpolitik!

Ein erklärtes Ziel der ÖVP Frauen ist, den Frauenanteil in der Politik zu erhöhen, vor allem auch in der Kommunalpolitik.

Deshalb trafen sich im Juni 2016 unter dem Motto „**Regional vernetzen – gemeinsam stärker**“ zahlreiche Landtagsabgeordnete, Bürger- und Vizebürgermeisterinnen sowie Gemeindepolitikerinnen zu einer zweitägigen Konferenz in Graz. Im Mittelpunkt des hochkarätig besetzten Treffens, das in Kooperation mit der Politischen Akademie der ÖVP bereits zum siebten Mal stattfand, stand neben bundespolitischen Themen vor allem das erfolgreiche Engagement von Frauen in der Kommunalpolitik.



### Internationale Klausur:

#### Mehr Sicherheit für Europa

Bei der internationalen Klausur der ÖVP Frauen im Juni 2016 stand das Thema „**Sicherheit in Europa**“ im Mittelpunkt. Christlich-soziale Politikerinnen aus Deutschland, der Schweiz, Tschechien und Südtirol trafen sich zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch in Asyl- und Flüchtlingsfragen in Seefeld, Tirol. Europa stehe vor großen Herausforderungen – Herausforderungen, die nur alle Mitgliedsstaaten gemeinsam bewältigen können, darüber waren sich die Teilnehmerinnen der Frauenklausur einig.



### Heiligsprechung von Mutter Teresa

Am Sonntag, 4. September 2016, wurde Mutter Teresa, die „unermüdliche Arbeiterin der Barmherzigkeit“ von Papst Franziskus heiliggesprochen. Mehr als 120.000 Menschen waren auf dem Petersplatz, darunter auch die Delegation der ÖVP Frauen. Vor der Heiligsprechung empfing Papst Franziskus Bundesleiterin Dorothea Schittenhelm zu einer Audienz.

### Was Frauen wollen

Anlässlich des Weltfrauentages 2017 luden die ÖVP Frauen zu einer Enquete mit dem Titel „**Was Frauen wollen**“ ins Parlament. Die Veranstaltung war ein Aufruf an alle Frauen, sich verstärkt einzubringen und an der weiteren Verbesserung von Frauenleben mitzuarbeiten. Das Ziel ist, Frauen noch stärker in die Entwicklung des Landes einzubinden, und zwar auf allen Ebenen. Das heißt, mehr Frauen in Spitzen- und Führungspositionen, auch in der Politik.

## Schwerpunktt Themen:

**ARBEIT: Chancengerechtigkeit darf nicht nur ein Schlagwort sein**

**Gleiche Rechte – gleiche Chancen – gleiches Einkommen!**

Bei den Einkommensunterschieden gibt es leider noch immer viel zu tun: Frauen verdienen immer noch rund 23% weniger im Vergleich zu Männern. Frauen sind inzwischen genauso gut oder besser qualifiziert als Männer, dennoch sind ihre beruflichen Perspektiven immer noch schlechter. Daher brauchen wir ein Bündel an Maßnahmen, um das Ziel „**Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit**“ auch umzusetzen:

- Frauen arbeiten öfter in **niedrig entlohnten Branchen und Berufen**, wie beispielsweise im Dienstleistungsbereich:
  - Wir müssen junge Frauen dazu ermutigen, auch technisch-naturwissenschaftliche Berufe zu wählen.
  - Arbeit muss neu bewertet werden: Arbeit mit Menschen muss gleich viel wert sein wie die Arbeit mit Maschinen.
  - Einführung eines Mindestlohns von 1.600 Euro brutto
- **Familienbedingte Erwerbsunterbrechungen** und der anschließende **Wiedereinstieg in Teilzeit**:
  - Anrechnung von Karenzzeiten bei den Gehaltsvorrückungen in allen Kollektivverträgen verankern. Hier sind die Sozialpartner gefordert, das entsprechend umzusetzen.
  - Viele Kollektivverträge enthalten automatische Gehaltsanpassungen, für die Urlaub, Krankengeld, Präsenzdienst oder Pflegefreistellung angerechnet werden, Karenzzeiten jedoch oftmals nicht.

**PENSION: Kindererziehungszeiten**

**stärker berücksichtigen –**

**Pensionssplitting ausbauen**

Der Unterschied beim Einkommen setzt sich bei den Pensionen fort. Daher fordern wir:

1. **Bessere Anrechnung von Kindererziehungszeiten für die Pension**
  - vier Jahre pro Kind
  - sowohl pensionserhöhend als auch pensionsbegründend
  - der Abstand der Geburten darf keinen Unterschied mehr machen
2. **Mehr Aufklärung beim Pensionssplitting**
  - Seit der Einführung des Pensionssplittings im Jahr 2005 wurden weniger als 500 Anträge gestellt.
  - Die Ausdehnung von vier auf sieben Jahre pro Kind (max. 14 Jahre) war ein erster wichtiger Schritt.
  - Nächster Schritt: Automatisches Pensionssplitting mit Opt-out-Möglichkeit

### GENDERMEDIZIN stärker in den Mittelpunkt rücken!

Frauen und Männer sind anders krank. Dennoch ist in der Medizin der Prototyp Patient nach wie vor männlich. Daher setzen sich die ÖVP Frauen seit mehr als zehn Jahren für eine geschlechterspezifische Diagnose und Behandlung von Frauen und Männern ein.

Unser Ziel ist eine flächendeckende **genderechte medizinische Vorsorge und Versorgung**. Daher muss die Gendermedizin weit mehr als bisher Eingang in die Aus- und Weiterbildung von Ärztinnen und Ärzten finden. Alle medizinischen Maßnahmen müssen hinsichtlich ihrer unterschiedlichen Auswirkungen auf Frauen und Männer untersucht und berücksichtigt werden. Insbesondere

bei der Entwicklung von Medikamenten, denn auch hier brauchen wir eine gendergerechte Definition.

### Beispiel Brustkrebs

Frauen erkranken am häufigsten an Brustkrebs, hier spielt die Krebsfrüherkennung eine zentrale Rolle: Denn je früher der Krebs erkannt wird, desto besser ist er behandelbar. Regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen sind die beste Vorbeugung. Daher setzen wir uns nach wie vor dafür ein,

- dass alle Frauen, unabhängig von ihrem Alter, uneingeschränkter Zugang zum Mammographie-Screening haben.
- dass Haus- und Frauenärzte wieder wie vor der Einführung des Brustkrebs-Früherkennungsprogramms eigenständig Überweisungen für Frauen jeden Alters ausstellen können.

### FRAUENQUOTE:

#### Frauen stärker einbinden

In Österreich gibt es viele großartige Frauen, die noch stärker in die Entwicklung des Landes eingebunden werden müssen, und zwar auf allen Ebenen! Frauen haben in vielen Bereichen aufgeholt: Die Zahl der Bildungsabschlüsse und die Erwerbsquoten sind gestiegen, bei den Führungspositionen und der Einkommensgerechtigkeit gibt es jedoch großen Aufholbedarf.

- Wir brauchen **mehr Frauen in Spitzen- und Führungspositionen**, auch in der Politik!
- Mit der Einführung des **Reißverschlussystems** ist die ÖVP mit gutem Beispiel vorangegangen.
- Wir brauchen weitere frauenfördernde Maßnahmen: **Frauenquote von 40%** in den Aufsichtsräten und Vorständen.

Die Junge ÖVP

## Tickt anders. Macht's besser.

Am 25. ordentlichen Bundestag der Jungen ÖVP am 10. Jänner 2015 wurde Sebastian Kurz als Bundesobmann der Jungen ÖVP mit 100% der Delegiertenstimmen wiedergewählt. Als Stellvertreter gewählt wurden der Landesobmann der JVP Burgenland Patrik Fazekas, die ehem. Landesobfrau der JVP Oberösterreich Helena Kirchmayr, der ehem. Landesobmann der JVP Niederösterreich Lukas Michlmayr, der Landesobmann der JVP Steiermark Lukas Schnitzer, der Landesobmann der JVP Tirol Dominik Schrott und Nationalratsabgeordneter Asdin El Habbassi.



Neben der Wahl eines neuen Teams wurde auch über einen neuen Leitungsantrag abgestimmt. Im Leitungsantrag setzte die Junge ÖVP thematisch den Fokus auf die Bereiche Bildung, Hochschulen & Forschung, Junges Arbeiten & Start-ups, Gesellschaft & Ehrenamt, Integration, nachhaltige Steuerpolitik, Modernisierung des Wahlrechts und auf den Bereich Digitalisierung. Darüber hinaus stand der Bundestag auch unter dem Motto „70 Jahre Junge ÖVP“. 1945 wurde die Junge ÖVP als „Österreichische Jugendbewegung“ in Wien gegründet und feierte 2015 somit ihr 70-jähriges Bestehen.

### JVP Agenda: Digitale Zukunft

Die Digitalisierung verändert zunehmend unser Leben und unsere Gesellschaft und durchdringt nahezu jeden Lebensbereich. Um diese Veränderungen auch

als Chance zu begreifen und bestmöglich nutzen zu können, erarbeitete die Junge ÖVP 2015 die „JVP Agenda: Digitale Zukunft“. Ziel der JVP Agenda war es, ein Konzept zur Verfügung zu stellen, das es uns ermöglicht, Rahmenbedingungen zu schaffen, um Österreich optimal auf die bevorstehenden Herausforderungen vorzubereiten. Die Agenda konzentriert sich dabei vor allem auf die Bereiche Bildung, Mobilität, Arbeitsmarkt, E-Government und Standort. Eine der zentralen Forderungen der JVP Agenda ist unter anderem, Programmieren bereits ab der Grundschule als Grundkenntnis wie Lesen, Schreiben und Rechnen zu vermitteln.

### Wecke den Helden in Dir!

Unter dem Motto „Wecke den Helden in Dir!“ tourte die Junge ÖVP im Sommer 2015 durch Österreich und machte dabei auf die Themen Zivilcourage und die Bereitschaft zur Ersten Hilfe aufmerksam. In Österreich weiß nur knapp jeder Siebente (15%), was an einem



Unfallort mit Verletzten zu tun ist. Damit liegen wir im internationalen Vergleich auf den letzten Plätzen. Die Junge ÖVP machte deshalb in allen Bundesländern gemeinsam mit ihren Landesorganisationen auf die Bedeutung dieses Themas aufmerksam. Außerdem holte die JVP im Rahmen der Sommertour diejenigen vor den Vorhang, die ehrenamtlich anderen Menschen helfen, zum

Beispiel beim Roten Kreuz oder bei der Freiwilligen Feuerwehr. Ehrenamtliches Engagement ist eine wichtige Stütze unserer Gesellschaft, ohne die vieles in unserem Land nicht möglich wäre. Die JVP nutzte deshalb die Gelegenheit, um sich bei all diesen freiwilligen Helfern und „Local Heroes“ für ihren Einsatz zu bedanken.

### Bundeskonzferenz 2016

Von 4. bis 5. Juni 2016 fand die Bundeskonferenz der Jungen ÖVP am Wolfgangsee statt. Gemeinsam mit Bundesobmann Sebastian Kurz und Vertretern aus Politik und Wirtschaft beschäftigten sich rund 300 JVPlerinnen und JVPler aus ganz Österreich ein Wochenende lang mit Fragen rund um das Thema Standort Österreich. Im Rahmen von spannenden Workshops zu den Themen „Green Economy“, „Digitale Standortpolitik“ und „Connected Society“ erarbeiteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer politische Forderungen und diskutierten mögliche Konzepte. Mit dabei an diesem Wochenende waren unter anderem auch der Vorsitzende der Jungen Union Deutschlands Paul Ziemiak und Daniel Zimmermann, der es als Bürgermeister der Stadt Monheim am Rhein schaffte, innerhalb weniger Jahre die hochverschuldete Gemeinde wieder in die schwarzen Zahlen zu führen und zu einem attraktiven Standort für Unternehmer zu machen. Teil der Bundeskonferenz war außerdem das JVP-Planspiel „Ö!conomy“, bei dem die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit hatten, alles über wirtschaftliche Zusammenhänge zu erfahren, wie man sie lenkt und welche Stakeholder aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft beteiligt sind.

Fotos: JVP

### Mein Land. Meine Chance.

Die Bundeskonferenz in St. Wolfgang stellte gleichzeitig den Startschuss für die Standortinitiative „Mein Land. Meine Chance.“ dar. Ziel war es, einen Beitrag



zu leisten, um den Wirtschaftsstandort Österreich wieder zurück an die Spitze zu bringen. Vor zehn Jahren wurde Österreich oft noch als das bessere Deutschland bezeichnet. Heute ist davon wenig übrig. Österreich rutscht in allen internationalen Rankings immer weiter ab. Um dem entgegenzuwirken, braucht es einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaftspolitik. Unter dem Motto „Mein Land. Meine Chance.“ tourte die Junge ÖVP deshalb mehrere Monate lang durch Österreich, besuchte erfolgreiche Jungunternehmer aus der Region und tauschte sich mit ihnen über Erfolgskonzepte, Bürokratiehürden und Standortfragen aus.

### YEPP Council

Von 6. bis 9. Oktober holte die Junge ÖVP den Kongress der Jungen Europäischen Volkspartei (YEPP) nach Wien. Die YEPP zählt insgesamt rund 58 Mitgliedsorganisationen aus 39 Ländern und ist damit die größte politische Jugendorganisation Europas. Unter dem Motto „Getting Europe Back on Track“ diskutierten die rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor allem das



Thema Wirtschaftsstandort und verabschiedeten dazu ein Positionspapier, das als Grundlage für die inhaltliche Arbeit der YEPP in den nächsten Jahren dient. Beim folgenden YEPP Congress, der im April 2017 stattfand, wurde Jim Lefebvre von der Jungen ÖVP zum First Vice President der YEPP gewählt. Er folgt damit in der Jungen Europäischen Volkspartei Stefan Schnöll nach, der die letzten vier Jahre als Vizepräsident Mitglied des Vorstandes der YEPP war.

### JVP Xpand

Die Junge ÖVP stellt mit ca. 107.000 Mitgliedern die stärkste politische Jugendorganisation Österreichs dar. Mit JVP Xpand startete die Junge ÖVP Anfang 2017 die größte bundesweite Mitgliederoffensive in der Geschichte der JVP. Ziel war es, möglichst viele junge Menschen für die Politik zu begeistern und Funktionärinnen und Funktionären der Jungen ÖVP die Möglichkeit zu geben, sich in verschiedenen Bereichen im Rahmen von Workshops und Seminaren weiterzubilden und zu vernetzen. Aus diesem Grund gründete die Junge ÖVP die Vernetzungsinitiative „JVP Urban“, die allen JVP-Mitgliedern im urbanen Raum die Möglichkeit bietet, sich über aktuelle Themen auszutauschen und Forderungen für den urbanen Bereich auszuüben. Darüber hinaus rief die Junge ÖVP auch die JVP-Jungbürgermeister und den Klub der JVP-Abgeordneten ins Leben. Hier haben auch Mandatare der Jungen ÖVP, sowohl auf Gemeinde- als auch Landes- und Bundesebene,



die Möglichkeit, sich untereinander zu vernetzen und an gemeinsamen Projekten zu arbeiten.

### Generalversammlung der Jungen Alpenregion

Bei der Generalversammlung der Jungen Alpenregion im Oktober 2016 wurde Matthias Huber von der JVP Steiermark mit 100% der Delegiertenstimmen zum neuen Präsidenten gewählt.

### Christian Zoll als

### BJV-Vorsitzender wiedergewählt

Bei der letzten Vollversammlung der Bundesjugendvertretung (BJV) im März 2017 wurde Christian Zoll als Vorsitzender wiedergewählt. Die Bundesjugendvertretung ist die gesetzliche Vertretung aller Kinder und Jugendlichen in Österreich. Christian Zoll, der schon von 2015 bis 2017 Vorsitzender war, konnte sich gegen die anderen Kandidaten durchsetzen und stellt nun auch in den nächsten zwei Jahren einen der vier Vorsitzenden der BJV.

### Stefan Schnöll als JVP-Bundesobmann designiert

Im Mai 2017 designierte die Bundesleitung der Jungen ÖVP Stefan Schnöll zum neuen JVP-Bundesobmann. Stefan Schnöll folgt in dieser Funktion Sebastian Kurz nach, der seit 2009 Bundesobmann der Jungen ÖVP war, und wird sich beim nächsten JVP-Bundestag der Wahl stellen.



Österreichischer Seniorenbund

# Tätigkeitsbericht 2014–2017



## Die Erfolgs- und Leistungsbilanz des Österreichischen Seniorenbundes

Der Österreichische Seniorenbund mit seinen rund 300.000 zahlenden Mitgliedern bietet Beratung und Lebenshilfe in mehr als 2.200 Ortsgruppen und über 200 Bezirksgruppen an. Damit ist der Österreichische Seniorenbund die größte Teilorganisation der Österreichischen Volkspartei.

### Großes Leistungsspektrum

Die umfassenden Angebote beinhalten Information, Bildung, Sport, Kultur und Pensions-, Sozial- und Rechtsberatung

in allen 9 Landesgruppen. So hat der Österreichische Seniorenbund alleine im Jahr 2016 Informationsschriften (Mitgliederzeitungen, Rundschreiben etc.) in einer Auflage von 3,7 Millionen Stück herausgegeben. Bei den sportlichen Veranstaltungen gab es im Jahr 2016 insgesamt 837.473 Teilnehmer und zu den Sprechstunden ließen sich 72.493 Mitglieder beraten.

### Starke Interessenvertretung

Der Österreichische Seniorenbund ist zugleich auch starke politische Interessenvertretung der älteren Generation in Österreich. Im Rahmen des Österreichischen Seniorenrates, der gesetzlichen Interessenvertretung der älteren Menschen in Österreich, nimmt der Österreichische Seniorenbund führend an den jährlichen Pensionsverhandlungen und den laufenden Sozialpartnergesprächen teil und nimmt auch zu allen wichtigen seniorenrelevanten Themen im Rahmen der gesetzlichen Begutachtung von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen Stellung.

### Personelles – Neue Spitze des Österreichischen Seniorenbundes

Im Jänner 2016 tritt der langjährige Bundesobmann des Österreichischen Seniorenbundes, NR-Präs.i.R. Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol wegen des Bundespräsidentenwahlkampfes zurück. LAbg. **Ingrid Korosec übernimmt als 1. Stellvertreterin** interimistisch die Führung des Österreichischen Seniorenbundes und wird am 14. September 2016 mit über 90% eindrucksvoll bestätigt und damit zur **ersten Präsidentin des Österreichischen Seniorenbundes** gewählt. Zum Ehrenpräsidenten wurde NR-Präs.i.R.

Univ.-Prof. Dr. Andreas Khol gewählt. Neben den statutarischen Stellvertretern, dies sind alle 9 Landesobleute, wurden zu Vizepräsidenten gewählt: Abg.z.NR Mag. Gertrude Aubauer, LO BR-Präs.i.R. BR Gregor Hammerl und LO LT-Präs.a.D. Bgm.a.D. Herbert Nowohradsky. Zum Finanzreferenten wurde LAbg.a.D. Mag. Franz Karl wiedergewählt.

Vom Bundesvorstand des Österreichischen Seniorenbundes wurde MEP Heinz K. Becker zum Generalsekretär sowie zu seinen Stellvertretern Mag. Oliver Brosch und Mag. Michael Schleifer bestellt.

### Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften und im Hauptverband

Generalsekretär **Heinz K. Becker** vertritt weiterhin unsere Interessen als einziger Seniorenabgeordneter in Brüssel und Straßburg. **Mag. Gertrude Aubauer** ist Vertreterin des Österreichischen Seniorenbundes im Nationalrat und im Bundesrat **BR-Präs.i.R. LO Gregor Hammerl** (Steiermark) und **OSR Dir. Josef Saller**.

Auf Landesebene wird der Österreichische Seniorenbund vertreten durch Präsidentin **Ingrid Korosec** (Wien), LO Bgm. **Werner Huber** (Vorarlberg) und KO Bgm. **Mag. Jakob Wolf** (Tirol).

Der Österreichische Seniorenbund ist in vielen Städten und Gemeinden vertreten, wie z.B. durch LO BR-Präs.i.R. **Helmut Kritzing** in Innsbruck und Lgf. **Mag. Erich Wappis** in Klagenfurt.

Im **Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger** ist der Österreichische Seniorenbund durch

**Präsidentin LAbg. Ingrid Korosec** in der Trägerkonferenz und durch **Generalsekretär Heinz K. Becker** im Vorstand bestens vertreten.

## Mitgliederstand

Der Österreichische Seniorenbund verzeichnete am 01.01.2017 knapp 300.000 Mitglieder.

Bundesland	Mitgliederstärke per 01.01.2017
Burgenland	11.012
Kärnten	10.064
Niederösterreich	67.943
Oberösterreich	75.184
Salzburg	28.715
Steiermark	37.112
Tirol	27.615
Vorarlberg	17.798
Wien	20.305
<b>Gesamt</b>	<b>295.748</b>

### Innerparteiliche Sozialpartnerschaft

Die Zusammenarbeit aller sechs Teilorganisationen der ÖVP wird durch regelmäßige Treffen gewährleistet und optimiert. Im Rahmen dieser Gespräche erfolgt die inhaltliche Abstimmung. Die Initiative für diese Zusammenarbeit erfolgt durch den Österreichischen Seniorenbund.

## Österreichischer Seniorenbund – für Seniorinnen und Senioren viel erreicht

Die **Pensionserhöhungen** werden jährlich vom Österreichischen Seniorenrat unter maßgebender Mitwirkung des Österreichischen Seniorenbundes mit der Bundesregierung erfolgreich verhandelt. Seit 2014 wurde immer zumindest die Abgeltung der vollen Teuerungsrate erreicht. Die **Steuer-**

**reform 2016** brachte auch auf Druck des Österreichischen Seniorenbundes eine umfangreiche Steuersenkung, so wurde z.B. der Eingangsteuersatz von 36,5% auf 25% gesenkt.

Die Bezüher von kleinen Pensionen bekommen nun – wie die Aktiven – auch **eine Gutschrift ihrer Sozialversicherungsbeiträge**, die sog. Negativsteuer. Diese beträgt 50% der einbezahlten Sozialversicherungsbeiträge, maximal 110 Euro pro Jahr.

Der Österreichische Seniorenbund hat jahrelang gefordert, dass längeres Arbeiten zusätzlich belohnt werden muss. Durch den nun beschlossenen **Pensionsbonus** müssen für die ersten 3 Jahre nach dem Regelpensionsalter (Frauen 60, Männer 65) Dienstnehmer und Dienstgeber nur mehr die halben Beiträge zur Pensionsversicherung zahlen. Die Pensionistinnen und Pensionisten erhalten dann eine um mindestens 25% höhere Pension.

Im **Bereich der Pflege** wurde das Pflegegeld 2016 um 2% erhöht und der Pflegefonds bis 2021 finanziell abgesichert. Für die Hospiz- und Palliativversorgung werden nun 18 Millionen Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt, ebenfalls ein Wunsch des Österreichischen Seniorenbundes.

Das neue **Erwachsenenschutzgesetz** (Sachwalterschaft Neu) wurde vom Österreichischen Seniorenbund seit langem eingefordert und nun 2017 beschlossen. Dieses Gesetz bildete jahrelang einen zentralen Punkt in der politischen Arbeit des Österreichischen Seniorenbundes. Ziel ist es einerseits, Sachwalterschaften zu reduzieren, bei gleichzeitig größtmöglicher Unterstützung und Wahrung der Autonomie der Betroffenen.

Für den immer bedeutender werdenden Bereich der **Hospiz- und Palliativversorgung** wurde eine parlamentarische Enquete-Kommission „Würde am Ende des Lebens“ unter erfolgreicher Leitung der Seniorenbund-Abgeordneten Mag. Gertrude Aubauer errichtet. Der Schlussbericht umfasst 51 Empfehlungen mit den Schwerpunkten Absicherung von Hospiz- und Palliativversorgung sowie Weiterentwicklung von Patientenverfügung und Versorgungsvollmacht.

Mit 01.01.2017 trat das **neue Erbrecht** in Kraft, die größte Reform seit 200 Jahren. Damit werden erstmals Pflegeleistungen durch nahe Angehörige honoriert, womit eine langjährige Forderung des Österreichischen Seniorenbundes umgesetzt wurde.

**Die Erhöhung der sog. Mindestpension (Ausgleichszulage)** für Alleinstehende bei Vorliegen von 30 Erwerbsjahren auf 1.000 Euro ist ebenfalls ein wichtiger Schritt zur Bekämpfung von Armut und kommt insbesondere Frauen zugute.

### Europäisches Parlament

Generalsekretär des Österreichischen Seniorenbundes, Heinz K. Becker, ist weiterhin erfolgreich als einziger Vertreter einer Seniorenorganisation im Europäischen Parlament tätig. Er ist Mitglied im Beschäftigungs- und Sozialausschuss und Vize-Koordinator der Europäischen Volkspartei sowie Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres „LIEBE“ sowie im Petitionsausschuss.

Heinz K. Becker ist auch Vizepräsident der Europäischen Senioren-Union (ESU) und Initiator im Europaparlament der MEP-Gruppe „Friends of ESU“.

Österreichischer Wirtschaftsbund

# Tätigkeitsbericht für den 38. Bundesparteitag der ÖVP

Unternehmertum zeichnet sich durch individuelle Besonderheiten aus. Im Österreichischen Wirtschaftsbund ist das nicht anders. Über den regionalen Spezifika steht eine gemeinsame Klammer: den Wirtschaftsstandort Österreich weiterzubringen, das Beste für die Unternehmerinnen und Unternehmer herauszuholen.

Dazu kommen mit management club, Julius Raab Stiftung, Rudolf Sallinger Fonds und Frau in der Wirtschaft vielschichtige Vorfeldorganisationen und Plattformen, die Unternehmertegeist, Individualität, Kreativität und Innovation in den Mittelpunkt stellen. Allesamt großartige Think Tanks, Vernetzungszentren und Schnittstellen zu Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft. Ein echter Mehrwert! Nicht nur für Unternehmer.

Heimische KMUs beschäftigen mittlerweile über 2 Millionen Menschen und sind somit die größten Arbeitgeber in Österreich. Sie übernehmen soziale Verantwortung und geben hunderttausenden Jugendlichen eine Zukunftsperspektive. Sie leisten ihren gesellschaftlichen Beitrag und sind die tragende Säule unseres Sozialsystems. Sie nehmen Risiko auf sich und sorgen so für unseren Wohlstand. Unsere Unternehmer leisten Tag für Tag Großartiges. Der Wirtschaftsbund unterstützt sie dabei, indem er für bessere Rahmenbedingungen, für unternehmerische Freiheit und Wachstum kämpft.

In herausfordernden Zeiten hat der Wirtschaftsbund klare Impulse zur Belebung des Mittelstands gesetzt, u.a.:

- Lohnnebenkostensenkung in Höhe von rund 1 Milliarde Euro
- Rechtssicherheit für Selbständige
- Handwerkerbonus für die Jahre 2015, 2016 und 2017
- KMU-Investitionszuwachsprämie und Investitionsförderungen
- Wirtschaftskammer-Reform WKO 4.0
- Forschungsprämie erhöht von 10 auf 12%
- Start-up-Paket
- Breitbandmilliarde für den Standort
- Verlängerung der Exportoffensive „Go International“
- Abschaffung der Bestpreisklausel im Tourismus
- Erbrechts-Novelle 2017 – Betriebsübergaben innerhalb der Familie gesichert
- Mehr Chancen für KMU bei öffentlichen Aufträgen durch Anhebung der Freivergabegrenzen.
- Soziale Absicherung für Selbständige
- Einkommensteuerentlastung in Höhe von 4,35 Milliarden Euro

**Erfolg für den Wirtschaftsbund bei Wirtschaftskammer-Wahl 2015**  
Mit 66,6% aller Stimmen bei den Wirt-



Fotos: Österreichischer Wirtschaftsbund

schaftskammer-Wahlen 2015 ist der Österreichische Wirtschaftsbund auch in Zukunft die stärkste Unternehmervertretung in Österreich. Das Ergebnis ist ein klarer Auftrag, dieses Vertrauen weiterhin in verantwortungsvolle Arbeit für Österreichs Unternehmerinnen und Unternehmer umzusetzen.

## 70 Jahre Österreichischer Wirtschaftsbund

2015 feierte der Österreichische Wirtschaftsbund seinen 70. Geburtstag! Am 8. Mai 1945 wurde der Österreichische Wirtschaftsbund als „freie Vereinigung der selbständig Erwerbstätigen und führenden Wirtschaftskräfte im Rahmen der ÖVP“ gegründet. Die Gründungs-idee, die Stärke durch Gemeinsamkeit, ist nach mehr als einem halben Jahrhundert aktueller denn je.

## 19. ordentliche Generalversammlung des Österreichischen Wirtschaftsbundes

Christoph Leitl wurde am 27. Februar 2016 im Rahmen der 19. Ordentlichen Generalversammlung in Wien für vier weitere Jahre zum Präsidenten



des ÖWB, und damit zum fünften Mal, wiedergewählt. Als Wirtschaftsbund-Vizepräsidenten wurden Josef Herk, Alexander Klacska, Bettina Lorentsich, Harald Mahrer, Renate Scheichelbauer-Schuster und Martha Schultz gewählt.

## Arbeitszeitflexibilisierung

Durch eine große Kampagne des Wirtschaftsbundes machte der Wirtschaftsbund auf die Notwendigkeit von flexiblen Arbeitszeiten aufmerksam. Österreichweit sprachen sich sowohl Unternehmer als auch Arbeitnehmer für eine Flexibilisierung aus. Denn nur durch zeitgemäße Arbeitsmodelle geben wir der erfolgreichen heimischen Wirtschaft mehr Luft zum Atmen und erleichtern das Wirtschaften. Durch flexible Arbeitszeiten soll insbesondere der Standort gestärkt werden. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen wir flexibler werden und mehr Möglichkeiten für individuelle betriebliche Lösungen schaffen. Globaler Wettbewerb, Konjunkturschwankungen und längere Öffnungszeiten erfordern flexiblere Arbeitszeitmodelle. Darauf müssen wir uns einstellen, um weiterhin erfolgreich zu bleiben im internationalen Vergleich.

## ARGE WB

Wirtschaftsbund Generalsekretär Peter Haubner ist Vorsitzender der ARGE WB – der Arbeitsgemeinschaft der Nationalrats-, Bundesrats- und Europaabgeordneten des Wirtschaftsbundes. Die ARGE WB leistet einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung und Steigerung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes und setzt sich im Sinne der Interessen der Mitglieder und der Wirtschaft für unternehmer- und wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen ein.



## Bundesmentoring

Über 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben bisher das WB-Mentoring absolviert. So hat sich, auch mit den zusätzlichen Programmen in den Bundesländern, ein kraftvolles, ganz Österreich umspannendes Netzwerk entwickelt. Das WB-Mentoring bereitet die Absolventinnen und Absolventen für politische Aufgaben vor und stärkt den Wirtschaftsbund als die wichtigste unternehmerische Interessenvertretung. Der Erfolg basiert auf dem konstruktiven Engagement der Mentoren und Mentees ebenso wie auf den praxisorientierten und vielfältigen Programminhalten. Die Mentoring-Idee verbindet Menschen, die bereit sind, MEHR zu tun und sich für Unternehmerinnen und Unternehmer einzusetzen. Ganz im Sinne des Wirtschaftsbundes!

# Tätigkeitsbericht 2014–2017



## Landtagswahlen 31. Mai 2015

Am 31. Mai 2015 fand die 21. Wahl des Burgenländischen Landtags statt. Bereits im Dezember 2014 wurde der Proporz

die Landespartei neu aus. Die Volkspartei schaut der rot-blauen Landesregierung permanent auf die Finger und passt auf das Burgenland auf.



im Burgenland einstimmig abgeschafft. Der Ausgang der Wahl bescherte der SPÖ ein Minus von 6,4% und einen Verlust von 3 Mandaten. Trotz der stärksten Verluste aller Parteien schloss die Verliererpartei mit der FPÖ einen überhasteten Koalitions пакт, der die FPÖ als Steigbügelhalter für den Machtrausch der SPÖ brauchte. Die Volkspartei Burgenland verlor 5,5% und zwei Mandate.

## Volkspartei Burgenland – die starke Alternative

Der Volkspartei Burgenland als stärkste Oppositionspartei steht seit Juli 2015 die schwächste Landesregierung aller Zeiten gegenüber. Daher richtete sich

Die Missstände, der Machtrausch und die rot-blauen Fehlritte werden aufgezeigt. Umso wichtiger für das Burgenland ist es jedoch, dass sich die Volkspartei mit kreativen und konstruktiven Ideen einbringt. Deshalb ist die Volkspartei Burgenland nun die starke Alternative!

## Das neue Team der Volkspartei Burgenland

Mit dem Wechsel in die Opposition wurde im Juli 2016 LAbg. Bgm. Mag. Thomas Steiner zum gf. Landesparteiobmann gewählt. LAbg. Mag. Christian Sagartz, BA, wechselte als Klubobmann ins Landhaus, LAbg. VBgm. Mag. Christoph Wolf, MA, wurde zum Landes-



geschäftsführer gewählt. LAbg. Ing. Rudolf Strommer übernahm die Funktion des 2. Landtagspräsidenten.

## 30. außerordentlicher Landesparteitag

Beim Landesparteitag in Raiding wurde Thomas Steiner als Nachfolger von Franz Steindl am 13. November 2015 schließlich zum Landesparteiobmann gewählt.

Weiters wurde das Landesparteistatut dahingehend geändert, dass zur Hälfte Frauen auf Wahllisten stehen mögen und die Gemeindeparteien Rechtspersönlichkeit erhalten. Zusätzlich sprachen sich die Delegierten für eine Strukturreform der Landespartei aus.

## Volkspartei als Ideenwerkstatt

Auf Initiative der Volkspartei wurden zahlreiche Themen im Landtag behandelt und beschlossen. In den Bereichen des Handwerkerbonus, die Rettung des Uhudlers, der Einsatz von Flugdrohnen gegen die Star-Bekämpfung, der Zuschüsse zur Hagel- und Frostversicherung, der Mindestsicherung, des Gemeinderechtpakets oder des Südburgenland-Kongresses gab die ÖVP die Linie vor, die folglich einstimmig beschlossen wurde.

## Rot-Blau Regierung braucht Kontrolle

Als stärkste Oppositionskraft schauen wir den Regierenden genau auf die Finger. Zahlreiche Skandale wurden

Fotos: Volkspartei Burgenland

bereits aufgedeckt. Sämtliche Instrumente der Opposition, wie das Interpellationsrecht, Anträge auf Rechnungshofprüfungen oder auch die Einberufung von Sonderlandtagsitzungen werden ausgeschöpft, um den Machtrausch der SPÖ Einhalt zu gebieten.

## Themenschwerpunkte und Aktionen

Zu den wichtigsten Kampagnen und Schwerpunkten der letzten Jahre zählte die Aktion „Für die Fleißigen“. Im Zuge der Reform der Mindestsicherung startete die ÖVP flächendeckende Betriebsbesuche, um die arbeitenden Menschen über die Standpunkte der Volkspartei zu informieren. Die Volkspartei steht hinter den Fleißigen, die täglich zur Arbeit gehen und mehr verdienen müssen, als jene, die von Sozialleistungen leben.

## Bürgermeister- und Gemeinderatswahl am 1. Oktober 2017

Hauptaugenmerk und Schwerpunkt der heurigen Arbeit sind derzeit die Vorbereitungen der Burgenländischen Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen, die am 1. Oktober 2017 stattfinden. Die Volkspartei Burgenland ist in allen 171 Gemeinden stark vertreten, wir stellen derzeit 76 Bürgermeister und 3 Bürgermeisterinnen, 70 Vizebürgermeister sowie 13 Vizebürgermeisterinnen und über 1370 Gemeinderäte und Gemeinderätinnen. Mit dem 24-jährigen Daniel Ziniel aus Badersdorf stellen wir den zweitjüngsten Bürgermeister Österreichs und tragen damit dem ÖVP-weiten Trend zur Verjüngung, Modernisierung und Öffnung der Partei Rechnung.

Unser Wahlziel ist es, unseren hohen Stand zu halten und auf Grund unserer konsequenten, zielorientierten Arbeit



auszubauen. Wir stellen derzeit nur acht Bürgermeister weniger als die SPÖ. Bei dieser Wahl ist es möglich, den Abstand noch weiter zu verringern. Sowohl die Landespartei als auch die Kommunalakademie Burgenland unterstützen die 171 Gemeindeparteien in ihren Wahl-

kämpfen. Analysen über die aktuellen Situationen in den Gemeinden, eine daraus abgeleitete Strategie sowie Seminare für die Spitzenkandidaten und Funktionäre der Gemeindeparteien stehen auf der Tagesordnung.



Kärntner Volkspartei

# Heimat lieben. Sichern. Stärken.

Wohin wird sich unser Bundesland in den kommenden Jahren entwickeln? Der Maßstab für unser politisches Handeln sind die Bedürfnisse und die kulturelle Identität der Kärntnerinnen und Kärntner. Sie wollen Sicherheit, ein gestärktes Land, sie wollen stolz sein auf ihr Land!

## Unsere Zukunftsstrategie ist eine Heimatstrategie

Heimat zu **lieben** bedeutet, stolz zu sein auf sein Land, auf seine Menschen, auf die Werte und Traditionen, auf die Gemeinden und Täler, auf die eigene Identität. Wenn wir in Kärnten unsere Identität bewahren wollen, müssen wir den ländlichen Raum stärken! Denn im ländlichen Raum liegt der Ursprung all dessen, was unser Land stark macht: ein starkes Ehrenamt, gelebtes Brauchtum, traditionelles Handwerk, aktive Familienbetriebe, naturnahe Bewirtschaftung und eigenverantwortliches Handeln.

Die Heimat, die wir lieben, **zu sichern**, ist ein Grundbedürfnis gesellschaftlichen Zusammenlebens. Neben der Dimension von äußerer und Innerer Sicherheit wollen wir unsere Traditionen, Werte und Gesetze durch klare Spielregeln sichern und bewahren. Unsere Leitkultur und unser christliches Weltbild sind zu akzeptieren, zu respektieren und zu leben.

Heimat **stärken** bedeutet, mit ganzer Kraft unseren ländlichen Raum zu stärken. Die Menschen müssen im ländlichen Raum auch morgen noch leben können. Dazu müssen wir Infrastruktur erhalten und schaffen. Strukturelle Benachteiligungen beschleunigen die Ausdünnung – es liegt an uns, diese Benachteiligungen zu stoppen! Eine

Investition in den ländlichen Raum ist eine Investition in unsere Heimat.

## Verantwortung für Kärnten

### Systemwechsel für Kärnten umgesetzt

Nachdem sich die politischen Machtverhältnisse nach der Landtagswahl 2013 deutlich geändert haben, wurde in Folge österreichweit die erste Drei-Parteien-Koalition gegründet. Als Kernpunkte galten die Abschaffung der Proporzregierung und die Aufwertung der Oppositionsrechte im Landtag. Dieses zentrale Wahlversprechen wurde mit dem Landtagsbeschluss am 1. Juni 2017 umgesetzt.

### Regionalität zur Stärkung heimischer Wirtschaftskreisläufe

In der Arbeit innerhalb der Kärntner Landesregierung wird durch die Kärntner Volkspartei mit Landesrat Christian Benger ein klarer Schwerpunkt auf „Regionalität“ gesetzt. Mit der Initiative „Regional ist genial“ werden funktionierende regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt, um Kaufkraft, Wachstum und Arbeitsplätze durch regionale Nachfrage in der Region zu erhalten.

Die Kärntner Volkspartei hat mit ganzer Kraft an der Änderung des Vergabegesetzes mitgewirkt, um die regionale Beschaffung nach dem Bestbieterprinzip zu ermöglichen. Besonders im Hinblick auf die Verwendung heimischer und saisonaler Lebensmittel konnten bereits viele Fortschritte erreicht und Partner gewonnen werden. „Nicht der Billigstbieter, sondern der regionale Anbieter soll beim Einkauf bevorzugt werden, damit die regionale Wirtschaft gestützt wird und die Bauern ihre Produkte absetzen können.“

### Kärntner Wirtschaft –

#### Gründer, regionale Betriebe und Internationalisierung stärken

Die konsequente wirtschaftsstrategische Ausrichtung der letzten Jahre hat dazu geführt, dass sich Kärnten als „Gründerland“ etablieren konnte. Mit dem von Wirtschafts-Landesrat Christian Benger gesetzten Start-up-Schwerpunkt werden beste Rahmenbedingungen für die „junge“ Wirtschaft in Kärnten geschaffen. Kärnten soll so zum unternehmerfreundlichsten Bundesland werden. Durch gezielte Förderung von Kooperationen zwischen Start-ups und etablierten Industrieunternehmen wird dieser Schwerpunkt noch weiter ausgebaut.

Zur weiteren Internationalisierung der Kärntner Wirtschaft wurde die erfolgreiche Exportoffensive ausgeweitet. Im Jahr 2017 wurden die Mittel für diese Initiative verdoppelt, um die Effekte der letzten Jahre steigern zu können. In einem weiteren Schwerpunkt wird die Koordinierung und Vernetzung von exportorientierten Start-up-Betrieben vorangetrieben.

Mit zielgerichteten Initiativen für Kleingewerbebetriebe mit besonderem Fokus auf den ländlichen Raum (bspw. Nahversorgerförderung) werden besonders in von Abwanderung betroffenen Gebieten Strukturen erhalten und Investitionsanreize geschaffen.

#### Investitionsboom im Tourismusland Kärnten

Mit der Tourismusstrategie und der darin festgesetzten strategischen Leitlinie der „höchsten Konzentration südlicher Lebensqualität in Österreich“ wird eine klare Positionierung des Bundeslandes

vorangetrieben. Durch die von der ÖVP durchgesetzten unternehmerfreundlichen Wirtschaftsförderungsprogramme konnte das Investitionsvolumen der Tourismusbetriebe im Jahr 2016 auf 130 Mio. Euro gepusht werden. Das entspricht 25% aller österreichischen Tourismusinvestitionen.

## Schwerpunkte der Parteiarbeit

### Kommunaler ÖVP-Erfolgslauf

Die Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen im März 2015 waren ein voller ÖVP-Erfolg. Landesweit gab es eine Steigerung von 23 auf 26%. Insgesamt stellt die Volkspartei in Kärnten 750 Gemeinderatsmandate (+ 62 Mandate im Vergleich zur Gemeinderatswahl 2009). In 101 von 132 Gemeinden gab es Zugewinne. Hoherfreudlich war auch die Steigerung von 33 auf 42 Bürgermeistergemeinden. Damit stellt die ÖVP so viele Bürgermeister wie noch nie und erstmals gibt es keine absolute SPÖ-Bürgermeistermehrheit in Kärnten.

In Folge wurde die Parteiarbeit im Hinblick auf Service und Unterstützung der Gemeindeparteien verstärkt. Aus- und Weiterbildung der Funktionäre und Mandatäre, Strategieklausuren, Serviceveranstaltungen und laufende Unterstützung bei der kommunalen

Öffentlichkeitsarbeit stehen dabei im Fokus. Die ÖVP verfolgt dabei das klare Ziel, auf Gemeindeebene zur stärksten Kraft Kärntens aufzurücken!

### Klarheit für Vereine und Ehrenamtliche!

Das Jahr 2016 stand ganz im Zeichen des Ehrenamtes. Das Vereinswesen ist ein wertvoller Anker des sozialen Zusammenhalts. Ohne ehrenamtliches Engagement würde vieles nicht mehr funktionieren. Das Vereinspaket mit praxistauglichen Lösungen wurde bundesweit umgesetzt. Ebenso wurde ein Vereinshandbuch herausgegeben, zahlreiche Serviceveranstaltungen zum neuen Vereinspaket im ganzen Land durchgeführt, ein Vereins-Gewinnspiel veranstaltet und viele Vereine mit „Danke-Paketen“ besucht.

### Sicherheit hat oberste Priorität

Der Schwerpunkt im Jahr 2017 ist das Thema Sicherheit. Hierbei steht die enge Kooperation mit der Kärntner Polizei im Zuge der Aktion „Gemeinsam.Sicher“ im Vordergrund. Kärnten ist objektiv das sicherste Bundesland Österreichs mit sinkenden Delikts- und steigenden Aufklärungszahlen. Trotzdem ist das subjektive Sicherheitsgefühl stark verbesserungswürdig. Bei der Sicherheitskonferenz mit Innenminister Wolfgang Sobotka im März wurden die wesentlichen

Themen angesprochen: Migration und Cyberkriminalität. Die Kärntner ÖVP hat deshalb landesweit eine Veranstaltungsreihe „Sicherheit im Internet“ durchgeführt.

Die ÖVP kämpft auch vehement für die Einführung des Blaulicht-Digitalfunks. Kärnten ist das einzige Bundesland, das die Grundsatzvereinbarung mit dem Innenministerium für den Planungs- und Ausbaubeginn unterschrieben hat. Das ist ein unzumutbares Sicherheitsrisiko für Kärnten!

## Kraftvoll in Richtung 2018+

Mit dem klaren Ziel mehr Stimmen, mehr Gewicht und mehr Verantwortung geht die Kärntner Volkspartei in die Zukunft. Mit dem starken Potential der ÖVP in den Gemeinden und Regionen ist dafür eine solide Grundlage vorhanden. Nach der Abschaffung der Proporzregierung ist eine aktive Regierungsbeteiligung der Volkspartei das klare Ziel! Eine mögliche Rot-Grüne-Alleinregierung ist jedenfalls zu verhindern!

„Wir werden uns weiterhin mutig und energisch für eine positive Entwicklung Kärntens starkmachen. Damit unser Bundesland zum Nr. 1 Lebens- und Wirtschaftsstandort im Alpen-Adria-Raum wird“, blickt ÖVP-Chef Christian Benger entschlossen voraus.

Volkspartei Niederösterreich

## Tätigkeitsbericht 2014–2017

### Der Wahlkampf für die Gemeinde-Wahlen am 25.01.2015

570 unterschiedliche Gemeinden bedeuten für die Volkspartei Niederösterreich 570 unterschiedliche Wahlkämpfe mit 570 unterschiedlichen Strategien. Mit den Abwandlungen von „Blau.Gelb.jetzt.“ – „Blau.Gelb.weiter.“ – „Blau.Gelb.neu.“ – „Blau.Gelb.wir.“ – „Blau.Gelb.mehr.“ – „Blau.Gelb.anders.“ konnte auf die aktuelle politische Situation der jeweiligen Gemeinde sowie auf tausende Kandidatinnen und Kandidaten ideal eingegangen werden.

### Das Ergebnis der Gemeinde-Wahlen vom 25.01.2015:

Am 25.01.2015 erreichte die Volkspartei NÖ bei den Gemeinde-Wahlen 50,3% und 6.697 Mandate. In 435 von 573 Gemeinden stellt die VP NÖ nunmehr die Gemeindeführung. Davon sind 398 Bürgermeister und 37 Bürgermeisterinnen. Im Vergleich zu den Wahlen 2010 bedeutet dies ein Plus von 9 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern.

### Bernhard Ebner wird neuer Landesgeschäftsführer der Volkspartei Niederösterreich

Im Herbst 2015 erfolgte eine personelle

Veränderung in der Volkspartei NÖ. Gerhard Karner wurde nach über 12 Jahren von Bernhard Ebner als neuer Landesgeschäftsführer abgelöst. Sein Motto: „Erfolg ist planbar!“ Ebner war zuvor Landesgeschäftsführer des NÖ-AABs und davor Kommunal- und Organisationsreferent in der Landespartei. Davor war er in der Privatwirtschaft tätig. Gerhard Karner ist seither 2. Präsident des NÖ-Landtags.

### Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll gibt seinen Rückzug bekannt

Am 17. Jänner 2017 gibt Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll überraschend seinen Rückzug aus der Politik bekannt, indem er nicht mehr für den Landesparteiobmann am Landesparteitag Ende März kandidiert. „Verantwortungsvolles Handeln war für mich über Jahrzehnte lang ein Grundsatz. Das heißt für mich, zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Schritte in die richtige Richtung zu setzen“, informierte er die Öffentlichkeit. Am Tag nach der Bekanntgabe des Rückzugs von Dr. Erwin Pröll wird Johanna Mikl-Leitner im Landespartei-vorstand einstimmig als Spitzenkandidatin der Volkspartei Niederösterreich für den Landesparteitag nominiert.

### Johanna Mikl-Leitner mit deutlicher Mehrheit zur Landespartei-Obfrau gewählt

Mit 98,5% der Delegiertenstimmen und einem starken Vertrauensbeweis wurde Johanna Mikl-Leitner zur neuen Landesparteiobfrau der Volkspartei Niederösterreich gewählt. Sie folgt damit dem nunmehrigen Ehrenparteiobmann LH Dr. Erwin Pröll, der sich insgesamt sechs Mal dieser Wahl stellte. Die Stellvertreter sind Magdalena Eichinger, Kurt Hackl, Andrea Kö, Klaudia Tanner und Michael Wurmetsberger.

Bei ihrer Antrittsrede am Landesparteitag stellt Johanna Mikl-Leitner das „WIR“ in den Mittelpunkt ihrer zukünftigen Arbeit. Es werden die Mitglieder der Landesregierung und die Abgeordneten vermehrt in den Mittelpunkt der Kommunikation gestellt, denn die Vielfalt ist die Stärke unseres Landes. Die Bünde sind die Kraftkammern unserer Volkspartei, die die größte Freiwilligenorganisation im Lande ist.

### Der Landtag wählt Johanna Mikl-Leitner zur ersten NÖ-Landeshauptfrau

Am 19. April 2017 wählte der NÖ-Landtag mit 92,9% Johanna Mikl-Leitner zur neuen Landeshauptfrau von Niederösterreich. Neuer Landesrat für Finanzen und Straßenbau wird Ludwig Schleritzko.

In ihrer Antrittsrede will Johanna Mikl-Leitner Niederösterreich zum schnellsten Bundesland dieser Republik machen. Der ländliche Raum soll gestärkt werden, Entbürokratisierung und ein Masterplan Digitalisierung wird angekündigt. Neue Herausforderungen brauchen neue Antworten und die Chancen unserer Zeit müssen genutzt werden, die im Generationswechsel liegen. Eine

Foto: VP NÖ



neue Gerechtigkeit für Land und Leute wird betont, die mit Ehrlichkeit im Reden und im Handeln beginnt.

### Volles Programm Niederösterreich – vpn

Mit einem modernen Programmprozess, der Funktionäre sowie Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen einbindet, startet die Volkspartei Niederösterreich die inhaltliche Arbeit an ihrem neuen Parteiprogramm. Den Startschuss dazu hat Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner am Landesparteitag der Volkspartei Niederösterreich gegeben, um neue Antworten auf neue Herausforderungen unserer Zeit zu finden. Dabei geht es um neue Chancen für die Entwicklung des Landes und die Bedürfnisse unserer Landsleute. Möglichst viele innovative Ideen, zukunfts-gestaltende Überlegungen, aber auch kontroversielle Meinungen werden zusammengetragen, gebündelt und in einem Programm für Niederösterreich einfließen.

### Moderne Parteiorganisation – traditionelle Stärke

Im Jahr 2017 ist die Volkspartei Niederösterreich nach wie vor eine der schlagkräftigsten Parteiorganisationen in ganz Europa. Das liegt vor allem daran, dass wir nicht nur in neuen Medien und im Social-Media-Bereich aktiv sind, sondern auch auf unsere traditionelle Stärke in den Bezirken und den Gemeinden setzen. Das Vertreten der gemeinsamen politischen Interessen und Ansichten steht im Mittelpunkt und zieht sich durch alle Ebenen der politischen Arbeit der Funktionärinnen und Funktionäre sowie der Mitglieder im Ehrenamt als auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im hauptamtlichen Bereich.

### Digitale Partei-Kommunikation

Im Mai 2012 wurde der Startschuss für eine Vielzahl an digitalen Informa-

tions- und Kommunikationsangeboten gegeben. Damals wurde die Facebook-Seite der Volkspartei Niederösterreich ins Leben gerufen. Mittlerweile sind fast 29.000 Personen mit der VP NÖ über diesen Kanal vernetzt. Neben den Auftritten der Teilorganisationen im wichtigsten sozialen Netzwerk im digitalen Österreich sind auch fünf der sechs VP-Landesregierungsmitglieder auf Facebook vertreten und haben dort mehr als 60.000 „Gefällt mir“-Angaben gesammelt. Gleichzeitig mit dem Facebook-Auftritt wurde die Homepage der Volkspartei NÖ unter [www.vpnoe.at](http://www.vpnoe.at) einem Facelift unterzogen.

Regelmäßig informiert der VP NÖ Presdienst auch auf Twitter unter @vpnoeat über wichtige Pressekonferenzen und Entscheidungen. Auf YouTube steht unter [youtube.com/vpnoeat](http://youtube.com/vpnoeat) auch aktuelle Info im bewegten Bild zur Verfügung. Auch auf Instagram ist die Volkspartei NÖ mittlerweile unter @vpnoeat vertreten. Mit einer strategisch ausgerichteten E-Mail-Kommunikation sowie dem neuen WhatsApp-Service (welches unter <http://mitmachen.vpnoe.at/info-service> abonniert werden kann) ist Information in der Volkspartei NÖ nicht nur versteckt zu finden, sondern wird frei Haus geliefert.

Alle Sozialen und digitalen Medien der Volkspartei Niederösterreich wirken aber nicht jedes für sich, sondern gemeinsam und in smarterer Absprache. So gibt es seit dem Sommer 2016 eine präzise Online-Strategie, die seit einem Jahr alle Kanäle vernetzt und einen wesentlich größeren Schwerpunkt in der Kommunikationsarbeit einnimmt. Damit wird ein ganz gezielter Fokus auf Neue Medien gelegt und wesentlich intensiver bespielt. Die Auswirkungen lassen sich schon jetzt sehen: eine beträchtliche Steigerung an Zugriffszahlen in kürzester Zeit und eine wesentliche Erhöhung der Interaktionen sind die Folge.

Neu vor dem Sommer gestartet wurde die „nörd-Community“ der Volkspartei NÖ, die jungen politikinteressierten Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern mehr und tiefergehende Infos zur Politik im Bundesland und darüber hinaus liefern soll. Gleichzeitig soll es auch vermehrt Möglichkeiten zur Einbindung der Jungen geben, damit diese die Politik in NÖ aktiv mitgestalten können.

## Kampagnen

### Halbzeitkampagne Landtagswahl

Im September 2015 startete die Halbzeitkampagne zweieinhalb Jahre nach der Landtagswahl 2013 mit Anzeigen „Wissen worum es geht: Niederösterreich.“ Im Mittelpunkt stand die Arbeit für das Land und die Nähe zu den Menschen. Die Inseratenkampagne wurde im Oktober mit dem Slogan „Volle Kraft. Niederösterreich.“, „Volles Programm. Niederösterreich.“ und „Absolut. Niederösterreich.“ fortgesetzt.

### Kampagnen zur Mindestsicherung

Im Mai 2016 startete die „Kampagne für die Leistungswilligen“ im Land. Der Einsatz für mehr Gerechtigkeit stand im Fokus: Gerechtigkeit gegenüber den Leistungsträgern im Land. Auslöser war die Forderung nach einer Deckelung der Mindestsicherung, um Fairness für diejenigen zu schaffen, die jeden Tag arbeiten gehen und etwas zur Gemeinschaft beitragen. Die Botschaft war „Wer arbeiten geht, darf nicht der Dumme sein.“

### Kampagne „Alles für Arbeit. Niederösterreich.“

„Alles für Arbeit. Niederösterreich.“ lautet das Motto einer Kampagne, wonach stärkeres Bewusstsein für Arbeitsmarkt-Initiativen des Landes NÖ und Partner geschaffen werden soll.

Oberösterreichische Volkspartei

# OÖVP – die Oberösterreich-Partei

## Platz 1 bei der Landtagswahl 2015 verteidigt

Die OÖVP hat bei der Landtagswahl am 27. September 2015 Platz 1 klar behauptet. Trotz der besonderen Herausforderungen im Wahljahr 2015 – allen voran der unfassbare Flüchtlingsstrom – gelang es nicht zuletzt durch eine gewaltige Schlussoffensive, entgegen den letzten Umfragen wieder deutlich stimmenstärkste Partei zu werden. Ein gemeinsamer Erfolg ist auch bei den Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen gelungen: Mit 332 von 442 Bürgermeistern – und damit um vier Bürgermeister mehr als noch im Wahljahr 2009 – und insgesamt 4.660 Gemeinderäten ist die OÖVP weiterhin die bestimmende Kraft in der oberösterreichischen Kommunalpolitik. Dieses eindrucksvolle Ergebnis spiegelt die ausgezeichnete Arbeit unserer Bürgermeister und Funktionäre auf Gemeindeebene wider.



Nationalrat August Wöginger und Landesgeschäftsführer LAbg. Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer.

Josef Pühringer war 43 Jahre in der oö. Landespolitik, darunter als Landesobmann

## Die neue Zeit in Oberösterreich: Thomas Stelzer ist neuer Landeshauptmann

Am 9. Februar 2017 gab Dr. Josef Pühringer nach 22 Jahren seinen Rücktritt als OÖVP-Landesparteiobmann und Landeshauptmann von Oberösterreich bekannt. Mag. Thomas Stelzer wurde vom Landesparteivorstand einstimmig zum Nachfolger nominiert und beim Landesparteitag am 1. April von den OÖVP-Delegierten mit 99,9% der Stimmen zum neuen Parteiobmann gewählt. Am 6. April wählten ihn im Landtag 51 von 55 Abgeordnete – und damit alle Parteien – zum Landeshauptmann. Dr. Michael Strugl rückte auf, Mag. Christine Haberlander folgte neben Landesrat Max Hiegelsberger als neue Landesrätin nach. Dem neuen OÖVP-Präsidium gehören weiters an: Klubobfrau Mag. Helena Kirchmayr, WB-Landesobfrau Mag. Doris Hummer,

der Jungen ÖVP, als Landesrat und 22 Jahre als Landeshauptmann. Er war ein unermüdlicher Kämpfer für Arbeitsplätze, für den Wirtschaftsstandort und für soziale Gerechtigkeit. Im Gesundheits- und Kulturbereich hat er Leuchttürme geschaffen. Beim Landesparteitag 2017 wurde Josef Pühringer zum Ehrenparteiobmann der OÖVP ernannt.

### Land der Möglichkeiten

Thomas Stelzer betonte, Oberösterreich zu einem „Land der Möglichkeiten“ zu machen, das die besten Angebote für die besten Köpfe schafft. Dafür hat er sich klare Ziele gesetzt: die Partnerschaft mit den Leistungsbereiten, die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes, gezielte Investitionen in die Bildung und Chancen unserer Kinder sowie die Stärkung des sozialen Zusammenhalts.

Gleich in den ersten Wochen seiner Amtszeit wurden vom neuen Landeshauptmann wichtige Weichen gestellt, u.a.:

**Schuldenbremse:** Als erstes Bundesland wird in Oberösterreich die „schwarze Null“ gesetzlich festgeschrieben.

**Reform der Bezirkshauptmannschaften:** Für eine effizientere Verwaltung werden die Bezirkshauptmannschaften



Fotos: ooevp

der oö. Magistratsstädte mit jenen der Umlandbezirke zusammengelegt.

**Deckelung der Mindestsicherung:** Der Bezug der Mindestsicherung ist ab Oktober 2017 in Oberösterreich mit 1.500 Euro pro Haushalt gedeckelt und damit wird ein klares Zeichen für mehr Leistungsgerechtigkeit gesetzt.

**Einrichtung einer Standort-Task-Force:** Seit dem Amtsantritt des neuen Landeshauptmanns im April haben die heimischen Betriebe Investitionen im Wert von rund 400 Mio. Euro zugesagt. Auch internationale Unternehmen sollen künftig noch mehr als bisher nach Oberösterreich geholt werden.

**Polizei-Einsatzinheit:** Auf Initiative von Thomas Stelzer erhält Oberösterreich eine polizeiliche Spezialeinheit für einen raschen Einsatz an Sicherheitsbrennpunkten.

**400 Wohnplätze:** Für Menschen mit Behinderungen werden dringend benötigte Wohnplätze geschaffen.

Ein besonderes Highlight war im Mai 2017 die „Thomas Stelzer persönlich“-Tour – ein neues Talk-Format, mit dem der Landeshauptmann durch Oberösterreich tourte und über Politik, Privates und das „Land der Möglichkeiten“ sprach. Über 5.000 Oberösterreicher haben ihn dabei getroffen und kennengelernt.

### Die bestimmende Kraft in Oberösterreich

Die aktuellen Umfragen zeigen: Die OÖVP ist die Nummer 1 in Oberösterreich. Mit Umfragewerten von 40% kann das Ergebnis der letzten Landtagswahl 2015 wieder deutlich ausgebaut werden. Für eine überwiegende Mehrheit von 58% der Oberösterreicher ist die OÖVP zudem jene Partei, die die Themen in der oö. Landespolitik setzt.

Eine klare Mehrheit gibt es auch für den neuen Landeshauptmann. 44% der



Oberösterreicher – und damit deutlich mehr als für die politischen Mitbewerber – geben an, im Fall einer Landeshauptmann-Direktwahl Thomas Stelzer ihre Unterstützung zu geben.

### Voller Service für die OÖVP-Funktionäre

Die Unterstützung unserer Funktionäre in ihrer täglichen Arbeit hat in der OÖVP einen hohen Stellenwert. Erste Anlaufstelle dafür ist das OÖVP-Gemeindeservice. Zu dessen Aufgaben zählen die Beratung und Betreuung in sämtlichen kommunalpolitischen Fragen genauso wie die Aus- und Weiterbildung unserer Funktionäre. Das besondere Herzstück bildet dabei das Bildungsprogramm der OÖVP-Bildungsakademie, bei dem sämtliche Schulungsangebote der OÖVP gebündelt sind. Insgesamt 48 Seminare und mehr als 300 Gemeindeparteiakademien wurden 2015 und 2016 organisiert. Aus dem „Best of“ des Bildungsprogramms wurde 2016 die OÖVP-Sommerakademie entwickelt, die auch 2017 wieder zu den jährlichen Highlights gehört. Ein Wochenende lang können die Teilnehmer ihr Seminarprogramm individuell gestalten. Zum Fixpunkt im Kalender gehört auch das „Kommunalpolitische Forum“ in Bad Schallerbach, das 2016 unter dem Titel „Starke Gemeinden. Starkes Land“ stand. Beim größten kommunalpolitischen Kongress Österreichs stehen zwei

Tage lang jene Themen im Mittelpunkt von Vorträgen, Diskussionen und Workshops, die den Funktionären unter den Nägeln brennen.

### Volkspartei Vordenken – Moderne Parteistrukturen und scharfes Profil

Klare Positionierung und Parteistrukturen auf der Höhe der Zeit gehören zu den Kernaufgaben einer modernen Parteiorganisation. Daher wurde im Februar 2016 der Prozess „Volkspartei. Vordenken“ gestartet. Über 1.300 Personen haben in sieben Arbeitsgruppen, 35 Workshops, vier Rahmenveranstaltungen und einer Onlineumfrage Maßnahmen für die inhaltliche und strukturelle Weiterentwicklung erarbeitet. Mit diesen Ergebnissen werden bereits jetzt Schritte gesetzt, um die OÖVP bei der Landtagswahl 2021 zu einer noch deutlicheren Nummer 1 zu machen, mit klarem Abstand zur Nummer 2.

### Neues Newsformat: OÖVP.tv

Einen Meilenstein setzte die OÖVP im Mai 2017 mit dem OÖVP.tv. Wöchentlich wird in einer kompakten Fernsehsendung über die Top-News aus der oö. Landespolitik berichtet – per WhatsApp, Newsletter, Facebook oder direkt über den OÖVP-YouTube-Kanal. Die Anmeldung ist möglich unter: [www.ooevp.tv](http://www.ooevp.tv).

# Tätigkeitsbericht



## 1 Die Regierungsbilanz

### 1.1 Vorsitz Landeshauptleutekonferenz

Landeshauptmann Wilfried Haslauer hat den Salzburger Vorsitz unter das Motto „Sicherheit, Planbarkeit und Verlässlichkeit“ gestellt. Für eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern sind Sicherheit, Verlässlichkeit und Planbarkeit unabdingbare Voraussetzungen. Dieses Selbstverständnis wurde bei zentralen Fragen auch gelebt. Die konstruktive Haltung, die Initiative und die Beteiligung der Länder hat zu wesentlichen politischen Weichenstellungen beigetragen, wie etwa zu einer Korrektur der Asylpolitik und Sicherheitspolitik Österreichs.

### 1.2 Sicherheit und Polizei

- Erfolgreiches Exekutive-Personalpaket für 2016: insgesamt 125 Exekutivbedienstete
- 2 Polizeischüler-Ausbildungskurse (40 Polizeischüler) für die SIAK Großgmain
- 3 neue Grenzkurs-Ausbildungen mit 75 Grenzschutzbediensteten (Dauer 6 Monate)
- 10 Rückversetzungen ausgebildeter Polizisten aus anderen Bundesländern
- dazu noch 3 Ausmusterungskurse/Indienststellung von 68 Polizisten
- Einführung des digitalen Funksystems (BOS) für die Salzburger Einsatzorganisationen bis 2018. Finanzierung von rund 21 Millionen Euro gesichert

### 1.3 Masterplan Klima+Energie 2020

Als Teil der Klima- und Energiestrategie SALZBURG 2050 legt der neue Masterplan fest, wie die bereits vereinbarten Ziele bis zum Jahr 2020 erreicht werden. Der Masterplan weist aus, welche Einsparpotenziale und welche Ausbaupotenziale (erneuerbarer Energien) in Salzburg in den nächsten Jahren umgesetzt werden.

### 1.4 Strukturreform der Landesverwaltung

Die Strukturreform der Landesverwaltung wurde mit 1.1.2015 umgesetzt. Es handelt sich um die umfassendste Strukturreform der letzten Jahrzehnte. Die Anzahl der Abteilungen wurde von derzeit 14 auf 11 reduziert. Alle 10 Fachabteilungen und 19 Klein-Referate wurden aufgelöst. Im Gegenzug wurden lediglich 3 Fachbereiche neu geschaffen.

### 1.5 Impulspaket 2015

Auch wenn Salzburg das Land mit der niedrigsten Arbeitslosenquote in Österreich ist und zweifellos zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Regionen Europas gehört, war die Landesregierung aufgrund der aktuellen Wirtschaftslage und den steigenden Arbeitslosenzahlen zum Handeln gezwungen. Das Impulspaket 2015 wurde geschnürt, um der stotternden Konjunktur aktiv entgegenzuwirken. Es wurden insgesamt 110 Millionen Euro eingesetzt, um damit

eine Hebelwirkung und Anreize für Unternehmerinnen und Unternehmer zu schaffen, die Investitionen im Gesamtvolumen von über 350 Millionen Euro auslösten.

### 1.6 Talente-Check und Meisterscheck

Alle Salzburger Schülerinnen und Schüler werden in enger Zusammenarbeit zwischen Land Salzburg, Wirtschaftskammer und Landesschulrat auf ihre Talente und Begabungen hin getestet und durch Bildungspsychologen im Hinblick auf ihre Bildungs- und Berufslaufbahn beraten. Start war Herbst 2015. Der Talentecheck ist hervorragend angelaufen. Auch das Projekt der kostenlosen Meisterprüfung sowie der besseren Unterstützung von Meisterprüfungskursen wurde fixiert.

### 1.7 Deregulierung konkret

Weniger ist mehr. Das gilt besonders für Paragraphen und Vorschriften. Daher hat sich die Salzburger Volkspartei 2016 dem Projekt „Deregulierung konkret“ verschrieben. Beamte haben dabei Vorschläge über unsinnige und überzogene Gesetzesmaterien eingebracht. Bis Ende Oktober 2016 wurden über 200 Vorschläge zum Bürokratieabbau, die alleine in Salzburg erledigt werden können, unterbreitet. Die Umsetzung ist gerade voll im Gange.

Fotos: Salzburger Volkspartei

## 1.8 Budget

LH-Stv. Christian Stöckl ist es gelungen, Ordnung in die Finanzen des Landes zu bringen. Der Weg der Budgetkonsolidierung und der Schuldenrückzahlung wird beibehalten:

- Schuldenstand um 101,7 Mio. € reduziert
- Ausgeglichenes Budget 2015 und 2016
- Spekulationsportfolio zu 99% abgebaut
- Finanzabteilung strukturell und personell neu aufgestellt
- Schrittweise Umstellung auf die Doppelte Buchführung.

## 1.9 Gesundheit und Spitäler

Das Gesundheits-Ressort des Landes nimmt eine Fülle von Aufgaben wahr, die für ein funktionstüchtiges Gesundheitssystem im Bundesland Salzburg unbedingt notwendig sind. Seit dem Jahr 2013 wurden zahlreiche Projekte und Reformen umgesetzt:

- Neues Gehaltssystem und Gehaltspakete für Ärzte und Pflege in den SALK
  - Kooperationsübereinkommen zwischen SALK und PMU erneuert
  - Tauernklinikum (Zusammenschluss Krankenhäuser Mittersill und Zell am See) fixiert
  - Krankenhaus Tamsweg abgesichert
  - Kooperationen Krankenhaus Hallein – SALK fixiert

- Neues Kinder- und Jugendspital am Krankenhaus Schwarzach eröffnet
- Reha-Zentrum für Onkologie in St. Veit fertiggestellt
- Zentrum für Kinder- und Jugendmedizin in SALK eröffnet
- Zahl der Pflege-Ausbildungsplätze erhöht
- Projekte gegen Hausärztemangel fixiert

## 1.10 Reform der Wohnbauförderung

Basierend auf einem Zuschuss-Modell wurde die Förderung auf eine nachhaltige, spekulationsfreie und verlässliche Basis gestellt und garantiert somit eine langfristige Finanzierbarkeit, aber vor allem die Erhöhung des Bauvolumens. Eigentum wird gefördert. Außerdem gilt die Förderung nun auch für befristete Mietverträge.

## 2 Die Jahresschwerpunkte

### 2.1 Gemeindeoffensive 2015/16

Im Jahr 2015 setzten wir mit einer Gemeindeoffensive einen klaren Schwerpunkt. Unter dem Motto #wirsind119 besuchte die Spitze der Salzburger Volkspartei in Begleitung der Landtagsabgeordneten alle 119 Salzburger Gemeinden. Wir wollten vor Ort erfahren, was die Menschen bewegt, welche Sorgen sie haben, was sie kritisieren. Ihnen allen sind wir Rede und Antwort gestanden.



## 2.2 Teamgeist – Salzburgs Stärke, Herbstkampagne 2015

Im Herbst 2015 präsentierte die Salzburger Volkspartei die Herbstplakate. Im Mittelpunkt stand dieses Mal, was es braucht, um vieles für das Land weiterzubringen: Teamgeist. In unruhigen Zeiten wie diesen ist Zusammenhalt und Zusammenarbeit gefragt.

## 2.3 Für Salzburg alles geben – Imagekampagne 2016

Auf Basis der aktuellen Themen- und Bedürfnislage in Salzburg wurde im Juni 2016 eine Image-Kampagne entwickelt und vorgestellt. Im Wesentlichen haben wir versucht, unseren Salzburger Weg und unsere Kernkompetenzen herauszuarbeiten. Im Mittelpunkt der ersten Welle standen Testimonials aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Die zweite Welle legte im August 2016 den Fokus auf unsere Regierungsmitglieder.

## 2.4 Unsere Zukunft. Ein gemeinsamer Weg: Der Beteiligungsprozess der Salzburger Volkspartei

Mit unserem Beteiligungsprozess starten wir mit den inhaltlichen Vorbereitungen für die Landtagswahl 2018. In 12 Arbeitsgruppen erarbeiten wir zusammen mit allen Interessierten die zentralen Inhalte unseres Wahlprogramms.

## 2.5 Der Salzburger Weg: Imagekampagne Frühjahr 2017

Bei unserer neuen Kampagne verzichten wir gänzlich auf die Abbildung von Politikern und zeigen stattdessen echte Menschen aus dem Leben. Wir stellen die Themen Sicherheit, Arbeit und Wirtschaft, ländlicher Raum sowie Bildung und Zukunft in den Mittelpunkt und grenzen uns damit auch stark von den politischen Mitbewerbern ab, welche jetzt schon lieber auf plumpe Wahlkampfrhetorik setzen.

Steirische Volkspartei

# Ehrlich reden. Mutig handeln. Steirisch bleiben.

Nichts schönreden, nicht auf den nächsten Wahltermin schielen – die Herausforderungen offen und ehrlich ansprechen, mutig notwendige Maßnahmen umsetzen und dabei den steirischen Wurzeln immer treu bleiben!

## Gemeinderatswahl 2015:

### Volkspartei bleibt die stärkste Kraft in den steirischen Gemeinden

Die Steirische Volkspartei konnte bei der Gemeinderatswahl am 22. März 2015 bestätigen, dass sie die Bürgermeisterpartei ist. Mit einem Ergebnis von 42,72% der Stimmen und letztlich 71% der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister – mehr als je zuvor – blieb die Steirische Volkspartei die gestaltende Kraft in den steirischen Gemeinden.

## Landtagswahl 2015

Erstmals standen eigentlich zwei Parteien in Form der Reformpartnerschaft zur Wahl. Denn bereits vor der Landtagswahl 2015 stand für Landesparteiobmann LH Schützenhöfer fest, dass die Reformpartnerschaft mit der SPÖ in eine Zukunftspartnerschaft geführt werden muss, da nur in dieser erprobten Zusammenarbeit weitere notwendige Reformen umgesetzt werden könnten.

Mit vier Schwerpunkten startete die Steirische Volkspartei in den Wahlkampf.

„**Mutige Reformen.** Wir haben das Schwierigste gemeistert, aber noch viel zu tun. Jeder Euro, den wir in der Verwaltung sparen, ist für Investitionen in die Zukunft gewonnen. Für neue Arbeitsplätze. Für soziale Sicherheit. **Mehr Arbeit.** Wir sind die, die beide Seiten kennen und verstehen. Betriebe, die im Wett-



bewerb stehen. Und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die das Land durch ihren Fleiß tragen. **Mehr Zukunft.** Wissenschaft, Forschung, Innovation: Damit wollen wir die Steiermark wieder an die Spitze bringen. Von der Ausbildung über Spitzen-Forschung bis zu High-Tech-Arbeitsplätzen. **Unsere Lebensräume.** Starke Gemeinden, Städte, Regionen: Mit mutigen Reformen haben wir die Grundlagen dafür geschaffen. Jetzt müssen Impulse für ihre Zukunft gesetzt werden. Wir wollen keine Steiermark mit zwei Entwicklungsgeschwindigkeiten, sondern eine Steiermark der vergleichbaren Chancen.“

## Reformpartnerschaft

### wird zur Zukunftspartnerschaft

Das Ergebnis der Landtagswahl mit 28,45%, war für die Steirische Volkspartei wenig erfreulich. Doch trotz Platz zwei beim Wahlgang wurde **Hermann Schützenhöfer** zum neuen **Landeshauptmann** gewählt. Das ambitionierte **Regierungsprogramm „Koalition. Zukunft.Steiermark.“** mit der SPÖ schreibt die mittel- bis langfristigen Ziele für die Steiermark fest.

## „Bürgernah, verlässlich, innovativ.“

startete 2016 die Weiterentwicklung unserer Partei. Zahlreiche Mitglieder, Funktionärinnen und Funktionäre sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus allen Teilorganisationen engagierten sich dabei. In rund 650 Stunden wurden 40 konkrete Maßnahmen in insgesamt 11 strategischen Handlungsfeldern erarbeitet und definiert.

Um das Vertrauen der Mitglieder und der Wähler zu gewinnen oder wieder zu gewinnen – und um die Steirische Volkspartei in eine gute und erfolgreiche Zukunft zu führen!

## Regionalschwerpunkt:

### Land.Raum.Zukunft 4.0

Die Entwicklung des ländlichen Raums ist der Steirischen Volkspartei ein besonderes Anliegen. Mit dem Programm „Land.Raum.Zukunft.“ wurden bereits einige Initiativen zur Stärkung der Regionen und des ländlichen Raumes gesetzt. Von den 28 gesetzten Schwerpunkten, die in das Regierungsprogramm „Koalition.Zukunft.Steiermark.“ übernommen wurden, sind bereits 19 umgesetzt oder befinden sich in Umsetzung. Die anderen



neun Schwerpunkte befinden sich in Vorbereitung. Exemplarisch sind zu nennen: Einführung des Bestbieterprinzips zur Stärkung der regionalen Wirtschaft, erfolgreiche Fördermaßnahmen zur Stärkung der Nahversorgung und zur Belebung von Ortskernen, Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und der Ganztagesbetreuung an den steirischen Pflichtschulen sowie Initiativen zur Verbesserung des Angebots im öffentlichen Schienen- und Busverkehr. Auch der Ausbau von Breitbandinternet in der gesamten Steiermark hat dabei eine sehr hohe Priorität und befindet sich auf einem guten Weg.

## Österreich 22 – eine Lobby

### für die Zukunft unserer Republik

Mit dem Symposium „Österreich 22 – Überlegungen zur Zukunft unserer Republik“ wurde ein Prozess eingeleitet, der Stillstand und Reformträgheit überwindet und die Zukunftsorientierung unseres Heimatlandes Österreich fördert. Einerseits geht es um eine kurzfristige Perspektive – was kann, soll, muss in den nächsten fünf Jahren bis 2022 getan werden –, andererseits aber auch um das Bild, das wir von Österreich bis zum Ende dieses Jahrhunderts haben wollen, welche Ziele und Positionierungen erreicht werden sollen. Die Impulse, die von hervorragenden Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft, Kunst und Kultur bei dem

Symposium eingebracht wurden, sind Auftrag und Verpflichtung für zielgerichtetes und konkretes Handeln.

## Offene Diskussionsplattform – DiensTalk

Im April 2017 feierte die Steirische Volkspartei ein Doppeljubiläum: 10 Jahre Modell:Zukunft:Steiermark und den 100. DiensTalk. Landesparteiobmann LH Hermann Schützenhöfer ist wichtig zu signalisieren, dass die Steirische Volkspartei – so wie es ihre jahrzehntelange Tradition war und ist – eine Partei des Vor-, Quer- und Nachdenkens ist. Der DiensTalk ist eine regelmäßig stattfindende Diskussionsveranstaltung mit Expertinnen und Experten aus den verschiedensten Bereichen sowie Politikerinnen und Politikern aller Ausrichtungen zu brandaktuellen und oft auch polarisierenden Themen. Zweifellos ein Markenzeichen der Steirischen Volkspartei.

## Programmatisch am Puls der Zeit

„politicum“ versteht sich als Zeitschrift, welche die offene Diskussion pflegt. Zahlreiche namhafte nationale und internationale Expertinnen und Experten



aus den unterschiedlichsten Fachbereichen und politischen Couleurs beziehen zu den verschiedensten aktuellen Themen Stellung und geben so Denkanstöße für die politische Arbeit der Steirischen Volkspartei. Zu Politik, Wirtschaft, Geschichte, Gesellschaft, Wissenschaft, Kultur, Staats- und Demokratiereform u.v.m., wie die letzten Ausgaben „70 Jahre steirische Reformkraft“, „Asyl“ und „Das steirische Gesundheitssystem der Zukunft“ beweisen. Die Liste der Themen sowie die Liste der über 1.800 Autorinnen und Autoren, die sich in den bisher erschienenen 120 Ausgaben verewigten, ist eindrucksvoll und ein kleines „Who is Who“ der Steiermark, aber auch Österreichs.

## Grazer Gemeinderatswahl

Siegfried Nagl konnte die Grazer Volkspartei bei der Grazer Gemeinderatswahl nicht nur auf Platz 1, sondern zu einem noch besseren Ergebnis als 2012 führen. Mit 37,79% der Stimmen (ein Plus von 4,05%) werden künftig 19 Gemeinderäte und neben Bürgermeister Siegfried Nagl zwei weitere Stadträte die ÖVP in Graz vertreten. Dieser Erfolg bildet sich natürlich auch auf der Bezirksebene ab: In 16 der 17 Grazer Stadtbezirke stellt die ÖVP den Bezirksvorsteher bzw. die Bezirksvorsteherin.



Tiroler Volkspartei

# Tiroler Volkspartei

Seit mehr als 7 Jahrzehnten trägt die Tiroler Volkspartei Verantwortung für Tirol und wird auch in Zukunft für Stabilität, Verlässlichkeit und Berechenbarkeit stehen. Landeshauptmann Günther Platter und sein Team handeln langfristig und stellen schon jetzt gemeinsam die richtigen Weichen für die nachkommenden Generationen.

## Die Tiroler Volkspartei ist DIE Service-Partei

Nach einer Infokampagne zum Thema Pflege startete die Tiroler Volkspartei in Zusammenarbeit mit Experten der Sozialversicherung eine landesweite Inforeihe zum Thema „Frauen und Pension“. Zahlreiche Zuhörerinnen konnten sich wertvolle Tipps holen.

## 70 Jahre Volkspartei

Am 12. Juni 2015 hielt die Tiroler Volkspartei eine bestens besuchte Gemeindegala mit Bürgermeisterinnen und Gemeinderäten aus dem ganzen Land in Kufstein ab. Anschließend wurde mit einem Festakt und im Beisein namhafter Alt-Mandatäre, Spitzenfunktionäre und hundert Gästen „70 Jahre Tiroler Volkspartei“ gefeiert.



## LH Platter und Außenminister Kurz im Gespräch

Mehr als 500 Gäste folgten der Einladung von KR Arthur Thöni, um gemeinsam mit LH Günther Platter und Außenminister Sebastian Kurz die Herausforderungen, aber auch Chancen unserer Zeit zu diskutieren. Die Palette reichte von der eingeleiteten Energiewende über das Tiroler Impulspaket bis hin zur Ukraine-Krise und dem unfassbaren Terror der IS-Milizen im Nahen Osten.

## Klare Worte

Unter diesem Motto tourte LH Günther Platter durch alle Tiroler Bezirke. Er nahm sich auch bei heiklen Themen wie der Flüchtlingskrise kein Blatt vor den Mund und stand den pro Veranstaltung durchschnittlich 100–200 Anwesenden zu den unterschiedlichsten Themen Rede und Antwort.

## Die Tiroler Volkspartei bleibt DIE Bürgermeisterpartei

Nach der Gemeinderatswahl am 28. Februar 2016 ist und bleibt die Tiroler Volkspartei die Bürgermeister- und Gemeinderatspartei in Tirol. Als einzige politische Kraft ist die Volkspartei in allen

Städten und Gemeinden vertreten. Besonders im Hinblick darauf, dass mehr Listen der FPÖ und der Grünen ange-treten sind, war es ein toller Erfolg, dass die Volkspartei mit 236 VP- und VP-nahen Bürgermeistern – davon 12 Frauen – das hohe Niveau sowohl bei den Ortschefs, aber auch bei den Gemeinderäten klar halten konnte. Besonders erfreulich: Viele junge Kandidaten konnten neu in den Gemeinderat einziehen.

## Rückenwind aus Tirol

Volle Unterstützung seitens der Tiroler Volkspartei erhielt Bundespräsidentenschaftskandidat Andreas Khol. Neben einem vollen Haus beim Wahlkampfauf-takt in Innsbruck organisierten auch die Tiroler Bezirks- und Teilorganisationen u.a. ein Frauen-Frühstück zum Start für das Sammeln von Unterstützungserklärungen sowie Telefon- und Verteilaktionen. Auch die Social-Media-Aktivitäten konnten sich sehen lassen.

## Jährliche Gemeindegala als Fixpunkt

Bereits seit mehreren Jahren hat sich die große Gemeindegala der Tiroler Volkspartei als Fixpunkt für Gemeindevertreter und -vertreterinnen aus allen Tiroler Gemeinden etabliert. Viele Fragen und Themen wurden in Workshops gemeinsam mit hochkarätigen Referenten erarbeitet. Landesgeschäftsführer Martin Malaun präsentierte im Rahmen der letzten Klausur auch die erste Ausgabe der neuen Parteizeitung „VPNEWS“, die seit Juli 2016 monatlich erscheint und über aktuelle Themen aus Bundes- und Landespolitik informiert. Standen bisher bereits u.a. Schwerpunkte wie Raumordnung, Gemeindekooperationen und Flüchtlingsunterbringung auf dem Programm, fand die diesjährige Klausur

Fotos: Tiroler Volkspartei, Frischauf

zum Motto „Gemeindefinanzen“ u.a. mit Finanzminister Hans Jörg Schelling statt.

## Tirol 2030

Unter dem Titel „Tirol 2030 – Zukunftsfragen, Standpunkte, Herausforderungen“ haben wir im Herbst 2016 einen großen Programmprozess gestartet, bei welchem LH Günther Platter seine Ideen und Visionen u.a. auf die Frage „Wie geht es in Tirol weiter?“ vorstellte. Über 1500 Tirolerinnen und Tiroler nutzten bei 10 Veranstaltungen die Gelegenheit, mit ihm über die anstehenden Herausforderungen zu diskutieren. Ganz im Zeichen von Tirol 2030 stand auch das über 80 Seiten starke VPMagazin, in dem u.a. auf zentrale Themen wie die Energiewende, Tirol auf dem Weg zum kinderfreundlichsten Land, die Rolle Tirols in Europa, Tirol als Sport- und Tourismusland, aber auch Wohnen, Digitalisierung und Sicherheit eingegangen wurde.



## Sicherheit im Fokus

Von Anfang Jänner bis Ende Juni 2017 hatte Tirol mit Bundesrätin Sonja Ledl-Rossmann den Vorsitz in der Länderkammer inne. LH Günther Platter stellte seinen Vorsitz in der Landeshauptleute-Konferenz unter das Motto „Gemeinsam entscheiden“.

Die zunehmenden Migrationsbewegungen stellen Politik und Gesellschaft vor große Herausforderungen, die Tiroler Volkspartei setzt daher vermehrt auf das Thema Sicherheit, das eng mit der Integration zusammenhängt. Hierzu sei



u.a. auf die Novelle des Landespolizeigesetzes, Neuerungen bei der Mindestsicherung oder die unterschiedlichsten Veranstaltungsformate in den Bezirken verwiesen, die die Handschrift der Volkspartei tragen.

## Tirol steht finanziell hervorragend da

Mit LH Günther Platter als Finanzreferenten und der Tiroler Volkspartei wird es auch in Zukunft keine verantwortungslose Schuldenpolitik auf Kosten der nächsten Generationen geben. Er gibt einen stabilen Kurs vor, so dass Tirol zum fünften Mal in Folge mit einer schwarzen Null abschließen konnte. Ohne diese umsichtige Haushaltsplanung wäre die neue Tarifordnung, die seit 1. Juni 2017 für alle öffentlichen Verkehrsmittel in ganz Tirol gilt, nicht ohne zusätzliche Schulden zu bewältigen gewesen.

## Wir arbeiten für Tirol

Nahezu alle Teilorganisationen führten ordentliche oder außerordentliche Landestage mit Anpassungen ihrer Statuten durch. Auch Bezirksparteitage in 8 Bezirken und viele Gemeindepartei-tage wurden abgehalten. Zudem waren LH Platter sowie die VP-Regierungsmitglieder regelmäßig in den Bezirken unterwegs und hielten wie auch die VP-Landtagsabgeordneten jeweils vor

Ort Sprechstunden ab. Besonders erfolgreich lief unsere Veranstaltungsreihe zum Thema Pflege, weshalb diese wiederholt und erneut 9 Mal in ganz Tirol durchgeführt wurde.

Das umfangreiche Bildungsprogramm der Tiroler Volkspartei wurde insbesondere von den neuen Gemeindegamandataren gerne und sehr rege in Anspruch genommen, das Angebot reichte dabei von Know-how für die Kommunalpolitik über Persönlichkeitsentwicklung und Kommunikation bis hin zu Specials für Frauen und Jugend.

## Wir sind gerüstet

Immer öfter werden Entscheidungen nur an der Tagespolitik ausgerichtet und es wird sich am Erfolg ausgeruht. Nicht so mit der Tiroler Volkspartei, denn wir haben klare Standpunkte, sind offen für neue Wege und stecken unsere Ziele von vornherein hoch. Selbstverständlich arbeiten wir mit Hochdruck an den Vorbereitungen für die bevorstehende Nationalratswahl, aber auch für die Tiroler Landtagswahl 2018. Wie in den Jahren zuvor wird es heißen: Alle gegen die Volkspartei! Und wir freuen uns schon jetzt darauf, unsere hervorragenden Wahlergebnisse auf allen Ebenen bestätigen zu können!

Volkspartei Vorarlberg

# Vorarlberg erfolgreich gestalten

Die neue schwarz-grüne Vorarlberger Landesregierung wurde am 15. Oktober 2015 angelobt. Im Mittelpunkt stehen seither vor allem die Themenschwerpunkte geordnete Finanzen, Bildung, Wirtschaft und Umwelt/Verkehr.

## Stärkung des Wirtschaftsstandorts und Trendwende auf dem Arbeitsmarkt

Oberste Ziele der Vorarlberger Landesregierung sind die Stärkung des Vorarlberger Wirtschaftsstandorts und eine klare Trendwende auf dem Vorarlberger Arbeitsmarkt. Dementsprechend werden die Schwerpunkte gezielt auf die Weiterentwicklung der Wirtschaftsförderung, auf die aktive Arbeitsmarktpolitik, den Ausbau der Infrastruktur, die Armutsbekämpfung, Bildung (insbesondere Fachkräfteausbildung), Familie, die Verbesserung des Mobilitätsangebots und Investitionen zum Ausbau erneuerbarer Energie gelegt.

## Ausgeglichene Finanzen und Bürokratieabbau

Am Prinzip ausgeglichener Landesfinanzen wird festgehalten und der Bürokratieabbau fortgesetzt.

## 1 Parteiorganisation

### a) Personalie

Mag. Markus Wallner ist seit dem 17. März 2012 offiziell Landesparteiobmann der Vorarlberger Volkspartei. LH Mag. Wallner wurde 2012 mit 99,37% der Delegierten-Stimmen gewählt und ist seit 1945 erst der vierte Landesobmann der Vorarlberger Volkspartei. Die Landesgeschäftsstelle in Bregenz mit insgesamt 9 Voll- und Teilzeitangestellten wird von Landesgeschäftsführer Dietmar Wetz geleitet.

„Wir stellen uns gerne den Erwartungen und Hoffnungen der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger. Gemeinsam können wir unser Vorarlberg ein weiteres Stück nach vorne bringen und seine dauerhafte Leistungsfähigkeit sichern.“

Landeshauptmann Markus Wallner

## b) Schwerpunkt Neue Medien

Die Landesgeschäftsstelle setzt in der Kommunikation gezielt auf eine integrierte Kommunikationsstrategie. Seit mehreren Monaten beschäftigt sich die VP Vorarlberg intensiv mit der Umsetzung des Social-Media-Marketings. Der Schwerpunkt der Social-Media-Tätigkeiten dreht sich um die beiden Facebook-Portale der VP Vorarlberg und Landeshauptmann Wallner. Neben Bildern werden auch vermehrt Videos und auch Livestreams für die User angeboten. Die VP Vorarlberg ist im Querschnitt der Vorarlberger Parteien führend und sorgt mit neuen Formaten immer wieder dafür, dass Politik modern, offen und volksnah präsentiert wird.

## 2 Auslandskontakte

Landeshauptmann Markus Wallner forcierte zusammen mit dem Regierungsteam und dem Landtagsklub die länderübergreifenden Treffen im Ausland. Auch die VP Vorarlberg verdichtete ihr Beziehungsnetzwerk mit den Nachbarländern.

## 3 Politische Schwerpunkte

### a) Finanzen

Die nachhaltige Finanzpolitik Vorarlbergs ist seit jeher österreichweit vorbildlich und bildet den Kern der Eigenständigkeit unseres Bundeslandes.

Vorarlberg hat den niedrigsten Schuldenstand aller Bundesländer, hat keinerlei Spekulationsgeschäfte betrieben und liegt gleichzeitig mit einer Investitionsquote von rund 25% im internationalen Spitzenfeld.

### b) Bildung

Bildung ist bekanntlich der Schlüssel zum Erfolg. Bildung ist einer der zentralen Bereiche für eine positive und erfolgreiche gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung Vorarlbergs. Ziel der Vorarlberger Landesregierung ist es, allen Kindern gleichermaßen die bestmögliche Bildung und damit optimale Zukunftschancen zu bieten. Ein modernes und zukunftsorientiertes Bildungssystem sichert Chancengerechtigkeit und Leistungsorientierung. Bestmögliche Unterstützung und größtmögliche Selbstverantwortung bedingen einander. Die Vorarlberger Landesregierung fördert Begabte wie Schwächere gleichermaßen. Kein Kind soll zurückgelassen werden.



Foto: Volkspartei Vorarlberg

Ziel ist die Verdoppelung der Anzahl der Spitzenschüler/innen und die Halbierung der Anzahl der Risikoschüler/innen.

### c) Mobilität und Infrastruktur

Die Lebens- und Standortqualität einer Region hängt wesentlich auch von ihrer Erreichbarkeit ab. Die Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft zu berücksichtigen und diese in Einklang mit dem Schutz des Lebensumfeldes zu bringen, ist daher eine wichtige Aufgabe der Vorarlberger Landesregierung. Eine zukunftsorientiert gestaltete Mobilitätspolitik ist entscheidend für die Sicherung der Attraktivität des Wirtschaftsstandorts. Die Vorarlberger Landesregierung setzt dabei auf eine integrierte Verkehrspolitik, die auf nachhaltigen Konzepten für den Personen- und Güterverkehr aufbaut und ein gutes Zusammenwirken der Verkehrssysteme gewährleistet.

### d) Integration und Zusammenleben

Integration ist eine wechselseitige Aufgabe, die Toleranz, Offenheit und aktives Einbringen ebenso erfordert wie die Akzeptanz der österreichischen Rechtsordnung. Dazu gehören die strikte Trennung von Kirche und Staat, die Ablehnung jeglicher Ausübung von Gewalt, insbesondere im Namen der Religion, die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols und die Gleichstellung der Geschlechter.

In der Vielfalt liegt eine Chance für die Weiterentwicklung Vorarlbergs. Niemand soll seine Wurzeln verleugnen müssen. Gleichzeitig ist aber eine gemeinsame Sprache ein wichtiger Schlüssel für das Gelingen des Zusammenlebens. Die Vorarlberger Landesregierung setzt daher weiterhin auf alle Maßnahmen, die das Erlernen der deutschen Sprache fördern.

### e) Soziales und Armutsbekämpfung

Vorarlberg kann im Durchschnitt auf

einen hohen Lebensstandard verweisen. Dennoch sieht sich die Vorarlberger Landesregierung zunehmend mit gesellschaftlichen Entwicklungen konfrontiert, die ein abgestimmtes bildungs-, wirtschafts-, gesellschafts- und sozialpolitisches Handeln erfordern. Besonderes Augenmerk gilt den Themenfeldern Armutsprävention und Hilfe in Notlagen. Weil eine Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit eine zentrale Grundlage zur Vermeidung von Armut darstellt, werden Maßnahmen gefördert, die auf einen raschen Wiedereinstieg in die Arbeitswelt abzielen. Gesellschaftliche Teilhabe und soziale Sicherheit für alle ist das Ziel der Vorarlberger Landesregierung. Dabei stützt sich Vorarlberg auf ein dichtes Netz an Sozialeinrichtungen und Behörden.

### Vorarlberg kürzt Mindestsicherung

Vorarlberg setzt bei der Mindestsicherung künftig auf Kürzungen der Richtsätze bei Wohngemeinschaften, bei der Anerkennung von Wohnkosten, bei den Kinderrichtsätzen sowie auf mehr Sachleistungen und Anreize für den (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt. Eingespart werden sollen damit drei Mio. Euro pro Jahr. Auf einen generellen Deckel hat die schwarz-grüne Landesregierung verzichtet.

Die Zahl der Mindestsicherungsbezieher ist in Vorarlberg vor allem wegen der starken Zunahme anerkannter Flüchtlinge seit 2010 um 57% gestiegen. Die Ausgaben (Land und Gemeinden) haben sich im selben Zeitraum von 18,1 Mio. Euro auf 37,5 Mio. Euro mehr als verdoppelt.

### f) Gesundheit und Pflege

Die Gesundheitsversorgung soll in Vorarlberg weiterhin auf höchstem Niveau, in bester Qualität, nahe bei den Menschen und frei zugänglich sein. Medizinische

Versorgung, moderne Behandlungen und Therapien müssen heute, aber auch in Zukunft für alle Vorarlberger/innen zur Verfügung stehen. Die Verantwortung für den Einsatz der von der Bevölkerung bereitgestellten Steuern und Beiträge verlangt aber auch nach Instrumenten zur Steigerung der Effektivität und Effizienz der Gesundheitsversorgung.

### g) Leistbares Wohnen

Wohnen hat in Vorarlberg einen sehr hohen Stellenwert. Der Wohnraum als Lebensmittelpunkt ist jener Raum, in dem sich die Bewohnerinnen und Bewohner entfalten, der Schutz und privaten Freiraum gewährt. Die Art, wie die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger wohnen, beeinflusst die Lebensqualität daher maßgeblich. Die Schaffung von individuellem Wohnraum zu leistbaren Preisen ist deshalb eine der Schlüsselaufgaben für die Landesregierung in den kommenden Jahren. Die Wohnkosten sind in Vorarlberg in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. Immer mehr Menschen müssen einen immer größeren Teil ihres Einkommens dafür ausgeben. Die Landesregierung setzt deshalb ihre Wohnbauoffensive fort.

### h) Sicherheit

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis aller Menschen und ihre Gewährleistung eine zentrale Aufgabe des Staates. Sicherheit reicht vom Vertrauen in den Rechtsstaat und in eine funktionierende Exekutive über soziale Sicherheit bis zur Hilfe in Notfällen und Katastrophen. Die Vorarlberger Sicherheitsbehörden und die Polizei leisten ausgezeichnete Arbeit. Vorarlberg hat im Ländervergleich seit Jahren die höchste Aufklärungsquote. Damit unser Land auch in Zukunft sicher bleibt, sind neben den rechtlichen Rahmenbedingungen eine gute personelle Ausstattung und eine moderne Infrastruktur notwendig.

ÖVP Wien

# Tätigkeitsbericht November 2014 bis Juni 2017

Unmittelbar nach dem letzten Bundesparteitag startete der Wahlkampf für die Wiener Landtagswahlen. Die ÖVP forderte für Wien, nach fünf Jahren rot-grüner Misswirtschaft, einen Kurswechsel und konzentrierte sich dabei auf die Schwerpunkte Wirtschaft, Bildung und Verkehr. Als einzige Wiener Partei fixierte die ÖVP ein Vorzugsstimmenmodell, das auch weiter hinten gereihten Kandidatinnen und Kandidaten die Chance auf einen Einzug ins Rathaus ermöglicht.



## Landtagswahlen in Wien (Oktober 2015)

Die Wahlauseinandersetzung 2015 wurde zu einem Match zwischen „Willkommenskultur“ und „Ausländer raus“, Gut gegen Böse und konzentrierte sich auf SPÖ und FPÖ. Die ÖVP Wien sackte auf 9,2% ab, SPÖ und Grüne konnten trotz eigener Verluste ihre Koalition fortsetzen. Die ÖVP Wien stellt derzeit sieben Gemeinderätinnen und Gemeinderäte – mit Ingrid Korosec und Gudrun Kugler haben zwei Kandidatinnen die Direktwahl aufgrund ihres Vorzugsstimmenergebnisses geschafft.

## Neuaufstellung der Partei

LPO Manfred Juraczka erklärte noch am Wahlabend seinen Rücktritt. Am 12. Oktober 2015 wurde der vormalige Generalsekretär der ÖVP, Gernot Blümel, zum neuen gf. Landesparteiobmann der ÖVP Wien gewählt. Kurz darauf wurde Markus Wölbtsch zum neuen Landesgeschäftsführer bestellt. Mit „Mut zur Veränderung“ und dem Bewusstsein, dass sich die Wiener ÖVP vor allem selbst ändern muss, damit sich etwas ändert, wurde der ÖVP Wien neues Leben eingehaucht, alte Strukturen aufgebrochen und vor

allem ein neuer Professionalitätsanspruch in den Mittelpunkt der Arbeit gestellt. Die ÖVP positionierte sich nach der Neuaufgabe von Rot-Grün als DIE Oppositionspartei in Wien. Ob Probleme mit islamischen Kindergärten, Kostenexplosion im Krankenanstaltenverbund oder Überforderung des Sozialsystems – es war vor allem die ÖVP Wien, die auf die zahlreichen rot-grünen Baustellen hingewiesen und Kurskorrekturen eingemahnt hat.

## Landesparteitag der ÖVP Wien (April 2016)

Intern lag der Fokus von Beginn an auf einer umfassenden Parteireform, um auf die Höhe der Zeit zu kommen. „Wegen Umbau geöffnet“ war der Titel dieses Reformprozesses. Die neue Richtung und das Motto hat Landesparteiobmann Blümel gleich zu Beginn klargemacht: „Raus aus den Parteilokalen, hin zu den Menschen“. Parallel dazu wurden unter Einbindung von Mitgliedern und Interessierten in Dialogkonferenzen schlankere Strukturen, moderne Statuten sowie ein neues Leitbild erarbeitet und am Landesparteitag beschlossen. Dieser beschäftigte sich mit den vielen Bau-

stellen, die die ÖVP Wien angeht. Von der eigenen Baustelle über viele Baustellen in Wien bis zu den grundlegenden Herausforderungen unserer Zeit. Gernot Blümel definierte „Gerechtigkeit für die Leistungswilligen“ als grundsätzliche Leitlinie für die ÖVP Wien und die Ausbeutung des Mittelstandes als DIE soziale Frage unserer Zeit. Er wurde schließlich mit 94,8% zum neuen Landesparteiobmann gewählt, als seine Stellvertreterinnen sind Veronika Mickel, Margarete Kriz-Zwitkovits und Elisabeth von Pfölstl neu mit im Team.

## Bundespräsidentenwahl (April 2016)

Die Bundespräsidentenwahl brachte österreichweit eine große Enttäuschung für die ÖVP, der Einzug in die Stichwahl gelang erstmals nicht. Für Landesparteiobmann Blümel ein klares Signal, nicht zur Tagesordnung überzugehen, sondern die Veränderung in der Politik weiter voranzutreiben.

## Umzug der Landespartei (November 2016)

Am Landesparteitag wurde die ÖVP Wien schlanker, effizienter und professioneller

Fotografie: ÖVP Wien

aufgestellt. Ein halbes Jahr später erfolgte die Übersiedlung der Landespartei vom Rathausplatz 9 in die Lichtenfelsgasse 7 als weiterer Meilenstein der Erneuerung. Der neue Standort bringt nicht nur deutliche Kostenersparnisse, sondern auch zusätzliche Synergieeffekte mit der Bundespartei.

## Neue Durchführungsbestimmungen (Dezember 2016)

Basierend auf dem neuen Statut hat sich die ÖVP Wien auch neue, moderne Durchführungsbestimmungen gegeben. Wer für die ÖVP Wien kandidieren will, muss zukünftig auch die Unterstützung von Nicht-Mitgliedern vorweisen können. Der Reißverschluss gilt für alle Listen, Vorzugsstimmenmodelle wurden verpflichtend bis zur Ebene der Bezirksvertretungswahlen ausgeweitet.

## Neue „Denkfabrik“ Stadtakademie (Jänner 2017)

Unter dem Motto „Weiterdenken – Weiterbilden – Weiterbringen“ wurde im Jänner 2017 die Stadtakademie ins Leben gerufen, als Präsident fungiert Bezirksvorsteher Markus Figl. Bei hochkarätigen Veranstaltungen wurde u.a. über den Gerechtigkeitsbegriff in Österreich und die Bedeutung von Exzellenz und Leistung diskutiert, am Podium waren dabei u.a. Franz Schellhorn, Leiter von Agenda Austria, und Henrietta Egerth, Geschäftsführerin der Forschungsförderungsgesellschaft, vertreten. Darüber hinaus bietet die Stadtakademie auch regelmäßige Schulungen für „Neueinsteiger“ in die Politik, Veranstaltungen zur Bezirkspolitik sowie Seminare im Bereich Persönlichkeitsentwicklung an.



## Veränderungen in den Bezirken

Die ÖVP Wien stellt derzeit in vier Bezirken die Bezirksvorsteherin/den Bezirksvorsteher (Markus Figl (1), Veronika Mickel (8), Silke Kobald (13) und Adolf Tiller (19), in Währing fungiert Johannes Schreiber als Stellvertreter). Seit dem letzten Parteitag gab es in neun Bezirksorganisationen einen Wechsel an der Spitze, drei davon werden nun von Obfrauen angeführt.

## Rot-Grün in Wien: Dauerstreit und Versagen (Frühjahr 2017)

Die letzten Monate waren in Wien vor allem durch innerparteilichen Streit in der rot-grünen Koalition geprägt. Innerhalb der SPÖ ist der Nachfolgekampf um das Amt des Bürgermeisters voll entbrannt, bei den Grünen entzündete sich der Konflikt an einem Hochhausprojekt am Heumarkt, das trotz gegenteiligen Votums der Parteibasis und trotz drohenden Verlusts des Weltkulturerbestatus durchgepeitscht wurde. Leidtragende des Streits und Stillstandes sind die Wienerinnen und Wiener; die Schulden explodieren, die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor auf Rekordniveau. Die ÖVP Wien hat daher am 1. Juni 2017 einen Antrag auf Neuwahl gemeinsam mit der Nationalratswahl eingebracht, dieser wurde erwartungsgemäß abgelehnt. Denn Rot-Grün in Wien eint nur noch die Angst vor den Wählern.

## Mit neuen Wegen die ÖVP Wien öffnen und in neue Zeiten führen – online und offline

Die ÖVP Wien hat mit Gernot Blümel an der Spitze einen riesigen Sprung in das moderne Kommunikationszeitalter gemacht – um mehr Menschen zu erreichen, mehr Menschen einzubinden und somit auch wieder wachsen zu

können. Einerseits wurde der Facebook-Auftritt professionell aufgestellt und als Schwerpunkt definiert. Und mit [www.gernot-bluemel.at](http://www.gernot-bluemel.at) wurde vor einem Jahr unsere Plattform, als Herzstück unserer digitalen Kampagnen, ins Leben gerufen, die jeder und jedem ermöglicht, sich einzubringen und teilzuhaben – egal ob ÖVP-Mitglied oder nicht. Denn oft gibt es Themen, Anliegen und Problemfelder, die wir mit ganz vielen Wienerinnen und Wienern gemeinsam haben. Ab sofort haben sie alle diese neue Möglichkeit, uns bei solchen Forderungen und Anliegen zu unterstützen.

Virtuelle und reale Welt bestmöglich zusammenzuführen und zu vereinen – dies ist unser Anspruch in allen Bereichen. Das betrifft genauso Grätzltouren und Hausbesuche. Die letzten Monate wurde intensiv an unserer Hausbesuchs-App gearbeitet, die ab nun wertvolle Unterstützung und ein modernes Mittel für unsere Funktionäre bei den Hausbesuchen darstellt.

## Überblick über die parlamentarische Tätigkeit

Beschlussanträge	320
Schriftliche Anträge	47
Schriftliche Anfragen	287
Mündliche Anfragen	96
Dringliche Anfragen	4
Initiativanträge	9
Ersuchen an Stadtrechnungshof	5

